

21.08.2015

GUTACHTEN

Konformität der Gasbeleuchtungsanlagen

im Auftrag der

Landeshauptstadt Düsseldorf

erstellt durch

Rechtsanwalt Dr. Roman Ringwald

Rechtsanwalt Christoph Engel

Rechtsanwalt Gregor Suchan

Dieses rechtliche Gutachten wurde zeitgleich mit dem technischen Gutachten der DBI – Gastechnologisches Institut gGmbH Freiberg erstellt und ist mit diesem inhaltlich abgestimmt. Auftraggeber des technischen Gutachtens ist die Stadtwerke Düsseldorf AG.

Dieses Gutachten wurde ausschließlich für unsere Mandantin und auf der Grundlage des mit unserer Mandantin bestehenden Mandatsvertrages erstellt. Es ist ausschließlich für den eigenen Gebrauch unserer Mandantin bestimmt. Das Gutachten darf weder an Dritte weitergegeben noch als Ganzes oder in Teilen veröffentlicht, zitiert oder in Bezug genommen werden, sofern dies nicht schriftlich zwischen uns und unserer Mandantin vereinbart wurde.

Gegenüber Dritten, die den Inhalt dieses Gutachtens ganz oder in Teilen zur Grundlage eigener Entscheidungen machen, übernehmen wir keine Verantwortung oder Haftung, es sei denn, dieser Dritte wurde ausdrücklich und durch schriftliche Vereinbarung in den Schutzbereich des Mandatsvertrages mit unserer Mandantin einbezogen oder wir haben mit diesem Dritten schriftlich etwas Abweichendes vereinbart.

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Sachverhalt und Gutachtenauftrag	6
A. Sachverhalt	6
I. Öffentliche Gasbeleuchtung in Düsseldorf.....	6
II. Instandhaltungsaufwand	6
III. Denkmalschutz und Erhaltungsgebiete	7
B. Gutachtenauftrag.....	8
Teil 2 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	12
A. Ergebnisübersicht	12
I. Vorgaben zur Produktsicherheit	12
II. Vorgaben zum Netzanschluss.....	13
III. Vorgaben zur Energieeffizienz.....	13
IV. Vorgaben zum Denkmalschutz und Erhaltungsgebieten	14
V. Vorgaben des Vergaberechts.....	14
VI. Vorgaben zur Barrierefreiheit	15
VII. Vorgaben zur Haftung	15
B. Handlungsempfehlungen.....	16
I. Beschaffung von Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteilen.....	16
II. Bestehende Gasbeleuchtungsanlagen.....	16
Teil 3 Rechtliche Bewertung im Einzelnen	18
A. Relevanz von Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen zur Produktsicherheit.....	18
I. Grundsätzliche CE-Kennzeichnungspflicht für Gasbeleuchtungsanlagen ..	19
1) Produkt im Sinne des ProdSG	19
2) Am Markt bereitstellen	20
a) Entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe	20
aa) Bei Verwendung der Bestandsanlagen.....	21
bb) Bei Beschaffung neuer oder gebrauchter Produkte von Dritten	21
b) Zum Vertrieb, Verbrauch oder zur Verwendung auf dem Markt der Europäischen Union	21
3) Zwischenergebnis.....	22
4) CE-Kennzeichnungspflicht durch Rechtsnorm vorgeschrieben	22
a) 7. ProdSV (Gasverbrauchseinrichtungsverordnung).....	22
aa) Geräte.....	23
bb) Neue Geräte.....	23
b) Sonstige gesetzliche Vorschriften.....	24
5) Zwischenergebnis.....	24
II. CE-Kennzeichnungspflicht für Bauteile.....	25
1) Am Markt bereitgestelltes Produkt.....	25
2) CE-Kennzeichnungspflicht durch Rechtsvorschrift	25

a) 7. ProdSV	26	
aa) Geräte.....	26	
bb) Ausrüstung.....	26	
cc) Anforderungen	26	
dd) Zwischenergebnis.....	27	
III. CE-Kennzeichnungspflicht	bei	Einbau
konformitätsbescheinigungspflichtiger Bauteile		27
1) „Neues Gerät“ durch Einbau		28
2) Am Markt Bereitstellen.....		29
3) Zwischenergebnis.....		29
IV. Bußgeld- und Strafvorschriften		29
V. Einzuhaltender Stand der Technik § 13 NDAV 2009/142/EG, ProdSG, 7		
ProdSV (BBH)		30
1) Zu beachtender Stand der Technik		30
a) Anforderungen an die Durchführung von Arbeiten		30
b) Anforderungen an die verwendeten Materialien.....		31
2) Beachtung der Anforderungen aus § 15 Abs. 2 NDAV		32
3) Zwischenergebnis.....		32
B. Relevanz von Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen zur		
Energieeffizienz und zum Naturschutz		32
I. Anforderungen aus dem ProdSG, der 7. ProdSV und der Richtlinie		
2009/142/EG		33
II. Anforderungen aus dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz		
i.V.m. der Richtlinie 2009/125/EG und der Verordnung Nr. 245/09 (EG)		33
1) Energieverbrauchsrelevantes Produkt		34
2) Anwendbarkeit einer Durchführungsvorschrift		34
3) Unverbindliche Referenzwerte		34
III. Zwischenergebnis.....		35
C. Auswirkungen von Modernisierungsmaßnahmen auf die		
Denkmaleigenschaft.....		35
I. Denkmalschutzrechtliche	Zulässigkeit	von
Modernisierungsmaßnahmen		35
1) Besteht ein denkmalschutzrechtlicher Schutz für die		
Gasbeleuchtungsanlagen in Düsseldorf?		35
2) Denkmalschutzrechtliche Zulässigkeit von Maßnahmen zur		
Steigerung der Energieeffizienz.....		36
a) Modernisierungsmaßnahmen unter Beibehaltung der		
Gasbeleuchtung.....		38
b) Modernisierungsmaßnahmen mit Änderung der Beleuchtungsart ..		38
II. Zulässigkeit	von	Modernisierungsmaßnahmen
an		
Gasbeleuchtungsanlagen in Erhaltungsgebieten nach § 172 BauGB		39
1) Genehmigungserfordernis		39
2) Versagungsgründe.....		40
III. Zwischenergebnis.....		41

D.	Vorgaben zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten aus §§ 17 ff. Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG – NRW)....	41
I.	Vorgaben von § 17 TVgG an das Vergabeverfahren.....	42
1)	Vorgaben an die Bedarfsanalyse	43
2)	Vorgaben an die Leistungsbeschreibung	44
3)	Anforderungen an die Auswertung	45
II.	Zwischenergebnis.....	45
E.	Pflicht zur Berücksichtigung der DIN 13201 bei Neubaumaßnahmen, Erneuerung oder wesentlicher Änderung von Verkehrsanlagen	46
I.	Anforderungen an zivile Neubauten des Bundes.....	46
II.	Anforderungen in den Bereichen Bau und Verkehr	47
III.	Zwischenergebnis.....	48
F.	Haftungs- oder Schadensersatzansprüche bei Schadensfällen.....	49
I.	Beleuchtung als öffentlich-rechtliche Amtspflicht	49
II.	Umfang der Beleuchtungspflicht	50
III.	Verpflichtung zur Einhaltung der DIN EN 13201.....	52
IV.	Vermeidung von Gefahren.....	52
V.	Verkehrssicherungspflicht des Betreibers der Straßenbeleuchtung.....	53
VI.	Verschulden.....	54

Teil 1 Sachverhalt und Gutachtenauftrag

A. Sachverhalt

I. Öffentliche Gasbeleuchtung in Düsseldorf

Die Landeshauptstadt Düsseldorf betreibt derzeit ca. 14.600 Gasleuchten zum Zweck der Beleuchtung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze.

Zum Betrieb der Anlagen werden Glühkörper/Glühstrümpfe verwandt. Als Energieträger wird Erdgas aus dem Niederdrucknetz der Stadtwerke Düsseldorf AG verwandt. Es kommen unterschiedliche Typen zum Einsatz:

- Reihenleuchte
- Aufsatzleuchte
- Ansatzleuchte
- „Alt Düsseldorfer“-Leuchte
- Frankfurter Leuchte

Bei Reihenleuchten, Aufsatzleuchten, Ansatzleuchten und Frankfurter Leuchten werden gasdruckführende Masten eingesetzt. Die Montage von Ansatzleuchten und „Alt Düsseldorfer“-Leuchten erfolgt auch als Wandmontage an Gebäuden.

II. Instandhaltungsaufwand

Die Aufrechterhaltung des Betriebs der Gasbeleuchtungsanlagen begegnet angesichts häufig erforderlicher Aufbereitungen von Tragsystemen und gasführenden Masten zunehmenden Schwierigkeiten. Der Grund hierfür liegt einerseits in Korrosionserscheinungen und Zerstörungen an Masten und Glaswannen durch Unfälle oder Unwetter (zuletzt durch das Orkantief Ela) sowie andererseits in dem permanenten Bedarf an neuen Glühkörpern. Systembedingt besteht eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit. Die Zündflamme kann bei Sturm erlöschen, die Glühkörper durch mechanische Einflüsse oder durch das Anfliegen von Insekten beschädigt werden. Aufgrund fehlender oder mangelhafter Qualitätskontrolle treten bei noch erhältlichen Einzelteilen häufig Materialmängel auf, die zu weiteren Ausfällen führen können.

Gasbeleuchtungsanlagen werden nicht mehr serienmäßig neu hergestellt. Vollständig neue Gasbeleuchtungsanlagen sind daher allenfalls aus handwerklicher Einzelanfertigung erhältlich. Aus diesem Grund werden existierende Bestandsanlagen auch nach Erreichen ihrer betriebsüblichen Nutzungsdauer mit teilweise erheblichem Aufwand instand gehalten und weiter genutzt.

Bei Ersatzbeschaffungen kommt allenfalls der Erwerb von gebrauchten - ggf. auch instandsetzungsbedürftigen – Gasbeleuchtungsanlagen sowie der Erwerb von Sonderanfertigungen in Betracht.

Auch bezüglich einzelner Bauteile ist die Verfügbarkeit eingeschränkt. Lediglich Tragsysteme, Glaswannen und Glühkörper sind noch erhältlich.

III. Denkmalschutz und Erhaltungsgebiete

Die historischen Gasbeleuchtungsanlagen befinden sich verteilt im Stadtgebiet, zum Teil im Bereich von Denkmalschutzgebieten und Erhaltungsbereichen. Die dortigen Beleuchtungsanlagen stehen in einem zeitgeschichtlichen und städtebaulichen Zusammenhang mit der geschützten Bebauung.

Hervorzuheben ist der Bestand im denkmalgeschützten Hofgarten. Dort wurde in den 1950er Jahren eine umfangreiche Gasbeleuchtung („Modell Frankfurt“) installiert. Die Beleuchtungsanlage ist hier in den Denkmalschutz des Hofgartens einbezogen. Im Eintrag der Denkmalliste ist dazu ausgeführt:

„5. siehe Text im Anhang. In den 1950er Jahren wurde im Hofgarten eine umfangreiche Beleuchtung mit Gasleuchten installiert, die auf einer älteren, bereits um 1908 bestehenden Gasbeleuchtungsanlage aufbaute. In den 1950er Jahren wurde der noch heute in der Parkanlage vorhandene Leuchtentyp "Modell Frankfurt" verwendet, der vermutlich in Europa nirgends sonst mehr anzutreffen ist. Die Beleuchtungsanlage ist als technisches Denkmal ebenfalls in den Schutz einbezogen.“

Ergänzend zum Inhalt des Eintrags in die Denkmalliste hat die untere Denkmalbehörde sich vertieft zur Eigenschaft der Beleuchtungsanlage als technisches Denkmal geäußert. Nach ihrem Verständnis kommt es bei einem technischen Denkmal nicht allein auf Konstruktion und Technik an. Ein technisches Denkmal sei auch ein Zeitzeugnis der Wirtschafts- und der Sozialgeschichte im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt. Ziel des Denkmalschutzes sei es auch, überlieferte Zeugnisse und Dokumente zu erhalten. Der Gasbeleuchtung komme als Zeugnis der Stadtentwicklungsgeschichte eine erhebliche wirtschafts- und sozialgeschichtliche Bedeutung zu. Insbesondere sei sie wegen der Verknüpfung mit der Entwicklung der gründerzeitlichen Viertel bedeutsam.

Sollte der Austausch der Leuchtmittel unvermeidbar sein, legt die untere Denkmalschutzbehörde jedenfalls großen Wert auf eine Erhaltung der Lichtfarbe und der Leuchtintensität, um den Charakter des Denkmalbereichs auch bei Nacht zu bewahren.

Das „LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland“ (LVR) betont die Bedeutung der städtischen Gasbeleuchtung als Spezifikum der industriellen Revolution. Die in Düsseldorf vorhandene Technologiestufe der Straßenbeleuchtung sei international weitgehend nicht mehr erhalten. Die Düsseldorfer Gasbeleuchtungsanlagen seien daher ein technikgeschichtliches Alleinstellungsmerkmal und ein technik-, urbanistik- und sozialgeschichtlich relevantes Erscheinungsbild. Die Erhaltung des derzeitigen Zustandes sei daher eine denkmalpflegerisch wertvolle Zielsetzung. Entscheidend sei insbesondere die Erhaltung der spezifischen Beleuchtungsqualität des Gaslichts.

B. Gutachtenauftrag

In diesem Gutachten soll geklärt werden, unter welchen Bedingungen der weitere Betrieb von Gasbeleuchtungsanlagen zulässig ist. Dabei geht es insbesondere um die Instandhaltung und die Erneuerung bestehender Anlagen sowie die rechtlichen Anforderungen an die dabei zu verwendenden Komponenten.

Die Landeshauptstadt hat den Gutachtenauftrag im Einvernehmen mit der für den Bau und den Betrieb der Anlagen beauftragten Stadtwerke Düsseldorf AG und dem Netzbetreiber in einem Fragenkatalog folgendermaßen konkretisiert:

1. Vorgaben zur Produktsicherheit

- 1.1. Unterliegen Gasbeleuchtungsanlagen zum Zwecke der Straßenbeleuchtung der Richtlinie 2009/142/EG, dem ProdSG und der 7. ProdSV? Ist eine Konformitätsprüfung zur CE-Kennzeichnung gem. Richtlinie 2009/142/EG durchzuführen?
- 1.2. Unterliegen Bauteile (z. B. gasführender Mast, Schaltgerät, Gasdruckregler, Verteilungskammer, Mundstücke, Glühkörper, Glühstrumpf, Zündeinrichtung, Glaswanne, Glaswannenbefestigung, Leuchtengehäuse), die ersetzt oder aufgearbeitet werden, der CE- und/oder GS-Kennzeichnungspflicht?
- 1.3. Unterliegt bei Einbau einzelner CE-kennzeichnungspflichtiger Bauteile die Gesamtanlage (= die Straßenlaterne inkl. gasführenden Mast) der Notwendigkeit der Konformitätsprüfung (CE-Kennzeichen)?

- 1.4. Ist der in der Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) geforderte „Stand der Technik“ für Geräte des Letztverbrauchers gleichzusetzen mit der Erfüllung der Anforderungen gem. Richtlinie 2009/142/EG, ProdSG, 7. ProdSV?

2. Vorgaben zur Energieeffizienz

- 2.1. Entsprechen Gasbeleuchtungsanlagen den Vorgaben zur Energieeffizienz gem. Richtlinie 2009/142/EG Anhang 1, Pkt. 3.5?
- 2.2. Gilt für Gasbeleuchtungsanlagen die Richtlinie 2009/125/EG? Wie ist die Richtlinie 2009/125/EG für Gasbeleuchtungsanlagen in nationales Recht umgesetzt? Gelten für Gasbeleuchtungsanlagen das EVPG und die EVPGV?
- 2.3. Inwiefern nimmt die Gasbeleuchtungsanlage hierdurch Schaden in Bezug auf eine mögliche Denkmaleigenschaft?

3. Vorgaben zum Naturschutz

Die Anforderungen an elektrische Straßenbeleuchtung umfasst auch das Themenfeld der „*Lichtverschmutzung*“ und „*Abfalllicht*“ gem. der Verordnung (EG) Nr. 245/2009. Sind solche Anforderungen auch auf Gasbeleuchtungsanlagen zu übertragen und im Rahmen der Feststellung des „Standes der Technik“ oder einer Konformitätsprüfung (CE-Kennzeichnung) zu betrachten?

4. Vorgaben im Rahmen der Beschaffung

Von keinem aktuell bekannten Lieferanten von thoriumhaltigen Glühkörpern/Glühstrümpfen liegt eine Bestätigung der Einhaltung von sozialen Kriterien bei der Herstellung der Produkte vor bzw. keine der Produktionsstätten konnte nachvollziehbar hinsichtlich der Produktionsbedingungen geprüft werden. Von hier aus wird daher der Konflikt gesehen, die Gasbeleuchtungsanlagen unter Berücksichtigung der Anforderungen des TVgG-NRW vorrangig mit thoriumfreien Glühkörpern betreiben zu müssen. Dies führt einerseits zu einer verschlechterten Lichtausbeute und andererseits zu einer höheren Störanfälligkeit.

- 4.1. Sind die Stadtwerke Düsseldorf nach § 17 TVgG-NRW verpflichtet, die Produktsicherheits-, Energieeffizienz- und Umweltkriterien bei der Beschaffung von Glühkörpern/Glühstrümpfen z. B. durch den Nachweis der Konformität mit den Richtlinien 2009/142/EG und 2009/125/EG durch CE-Kennzeichnung der Produkte zu verlangen?
- 4.2. Darf eine Beschaffung der Produkte erfolgen, wenn keine CE-Kennzeichnung vorliegt oder nachweislich gegen Bestimmungen des TVgG-NRW verstoßen wird?
- 4.3. Ist die Verwendung der Produkte zulässig, wenn keine alternativen, gleichwertigen Produkte auf dem Markt vorhanden sind?

5. Vorgaben zum Netzanschluss

- 5.1. Im Betrieb des Gasnetzes der Stadtwerke Düsseldorf sind jährlich rd. 58 Kopfbrenner und rd. 100 Beschädigungen an Masten festzustellen. In Einzelfällen entsteht unter besonderen Rahmenbedingungen hierbei im Schadens- und Unfallereignis ein explosives Gas-/Luftgemisch. In welchem Umfang sind, insbesondere bezogen auf Anforderungen der Produktsicherheit (7. ProSV) und Voraussetzung zum Anschluss an das Gasniederdrucknetzes (§ 49 EnWG sowie NDAV), Anschlüsse, Leitungen und Gasleuchten vor mechanischer Beschädigung zu schützen? Welchen mechanischen Angriffen muss dieser Schutz standhalten? Gibt es eine nach Nutzung (Hauptverkehrsstraße, Lkw-Anteil, Fahrgeschwindigkeit) differenzierte Anforderung für diesen mechanischen Schutz?
- 5.2. Ist es zulässig gem. § 49 EnWG sowie NDAV Letztverbraucher mit Geräten (hier Gasleuchten) an das bestehende oder an ein erneuertes Gasnetz anzuschließen,
 - die keine Zähl-/Messvorrichtung aufweisen?
 - wenn keine Absperreinrichtungen vorhanden sind, die beim Schadensfall / Brandfall ein Absperren am Anschluss zulassen?
 - die keinen nachgewiesenen bzw. hinreichenden Anfahrschutz bzw. Schutz vor mechanischer Beschädigung aufweisen?

Wie lässt sich sicherstellen, dass Geräte, die angeschlossen werden, den gesetzlichen Vorschriften und den Regeln der Technik gem. § 49 Abs. 1 EnWG entsprechen (insbesondere dann, wenn sie als Gerätetyp eigentlich der Konformitätsprüfung (CE-Kennzeichnung) unterliegen)?

- 5.3. Ist es aus Gründen der Produkt-/Betriebssicherheit notwendig, dass bei Druckverlust (Leckage/Zerstörung eines Endgerätes) hinter dem Netzanschluss Gasaustritt automatisch durch Schließen der Zufuhr unterbunden werden muss, um eine Gefährdung im Sinne von Richtlinie 2009/142/EG Anhang I, Pkt. 3.1.9 und 3.2.1 zu vermeiden?

6. Vorgaben zur Gleichstellung behinderter Menschen

- 6.1. Inwiefern ergibt sich aus § 8 BGG die Notwendigkeit, bei Neubaumaßnahmen, der Erneuerung oder bei wesentlicher Änderung von Verkehrsanlagen u.a. auch an Haltestellen die Beleuchtung so anzupassen, dass sie dem Stand der Technik (DIN 13201) entspricht und somit den darin berücksichtigten Anforderungen zur Hinderniserkennung und Orientierung im Sinne der Teilhabe am öffentlichen Leben für sehbehinderte Menschen ermöglicht?
- 6.2. Kann vor diesem Hintergrund an einer Gasbeleuchtung festgehalten werden? Kann hierdurch eine Verschlechterung in Hinblick auf die gleichberechtigte Teilhabe von sehbehinderten Personen am öffentlichen Leben in Kauf genommen werden?

7. Haftung im Falle unzureichender Beleuchtung

- 7.1. Ergeben sich im Schadensfall Haftungs- oder Schadensersatzansprüche, wenn keine entsprechende Beleuchtungssituation besteht bzw. bei Neubau, Erneuerung oder wesentlicher Änderung hergestellt wird?
- 7.2. Wie ist der Einsatz schlechter geeigneter Produkte (thoriumfreie Glühkörper/ Glühstrümpfe) zu bewerten, wenn hierdurch die Beleuchtungsstärke und Ausfallhäufigkeit ungünstiger ist und dadurch ggf. die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird? Ergeben sich im Schadensfall Haftungs- oder Schadensersatzansprüche aufgrund der Absenkung des Beleuchtungsniveaus? Ist es für eine Haftung von Bedeutung, dass die Beleuchtungsanlage ursprünglich unter Beachtung des zur Anlagenerstellung gültigen technischen Regelwerks erstellt wurde?
- 7.3. Ergeben sich im Schadensfall Haftungs- oder Schadensersatzansprüche, wenn durch die Gasbeleuchtung eine Verschlechterung der Hinderniserkennung bewirkt wird?

Teil 2 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Im Folgenden stellen wir in einer kurzen Zusammenfassung die wesentlichen Ergebnisse der rechtlichen Würdigung dar (unter A). Die Übersicht orientiert sich dabei zunächst an der Gliederung des angeführten Fragenkatalogs.

Im Anschluss daran beschreiben wir den sich daraus ergebenden rechtlichen Handlungsbedarf für die Landeshauptstadt (unter B).

A. Ergebnisübersicht

I. Vorgaben zur Produktsicherheit

Gasbeleuchtungsanlagen sowie Bauteile hiervon unterliegen Vorgaben nach dem Produktsicherheitsrecht. Grundvoraussetzung ist, dass von ihnen keine Gefahr ausgeht.

- Neue Gasbeleuchtungsanlagen bedürfen einer CE-Kennzeichnung, wenn z. B. die Landeshauptstadt, die Stadtwerke oder eine andere Stelle diese von Dritten erwerben. Die Kennzeichnung bestätigt die Produktsicherheit nach den Anforderungen aus Anhang I der Richtlinie 2009/142/EG. Neue Gasbeleuchtungsanlagen benötigen eine Anleitung für den Installateur, eine Bedienungs- und Wartungsanleitung für den Benutzer und müssen geeignete Warnhinweise aufweisen.
- Neu von Dritten erworbene Bauteile benötigen eine Konformitätsbescheinigung, die ihrer Funktion nach der CE-Kennzeichnung entspricht sowie eine Anleitung für den Installateur, eine Bedienungs- und Wartungsanleitung für den Benutzer und müssen geeignete Warnhinweise aufweisen.
- Funktionsfähige gebrauchte Gasbeleuchtungsanlagen und dazugehörige Bauteile benötigen keine CE-Kennzeichnung, dürfen aber dennoch bei bestimmungsgemäßem Gebrauch die Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährden. Sie benötigen eine Bedienungsanleitung in deutscher Sprache.
- Von Dritten erworbene gebrauchte Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteile, die vor der Benutzung wiederaufbereitet werden sowie Bestandsanlagen unterfallen nicht dem öffentlichen Produktsicherheitsrecht und unterliegen daher keiner Prüf- oder Kennzeichnungspflicht. Dies gilt auch, wenn diese mit neuen Bauteilen instandgesetzt oder wiederaufbereitet werden, wenn dies bei der Veräußerung deklariert wird. Dennoch ist sicherzustellen, dass von den Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteilen bei dem Betrieb

keine Gefahr ausgeht. Dies folgt aus den Anforderungen der NDAV zum Betrieb der Anlagen und der Verkehrssicherungspflicht des Betreibers.

II. Vorgaben zum Netzanschluss

Sämtliche Arbeiten an Gasbeleuchtungsanlagen dürfen nur nach den anerkannten Regeln der Technik erfolgen, § 13 Niederdruckanschlussverordnung (NDAV). Deren Einhaltung wird bei Beachtung der DVGW-Arbeitsblätter G 600 und G 614 vermutet. Anderenfalls ist eine Prüfung im Einzelfall erforderlich. Ebenso müssen bei den Arbeiten verwendete Materialien und Geräte nach den Regeln der Technik hergestellt sein. Neue Produkte müssen daher die Anforderungen des öffentlichen Produktsicherheitsrechts erfüllen und bedürfen einer CE-Kennzeichnung bzw. Konformitätsbescheinigung. Insoweit entspricht der Stand der Technik also den Anforderungen an die Produktsicherheit. Bei anderen Produkten erfolgt jeweils eine Prüfung im Einzelfall.

Es besteht keine versteckte Modernisierungspflicht. Bestandsanlagen müssen nicht nachträglich auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden. Eine absolute Grenze besteht jedoch dort, wo von der Gasbeleuchtungsanlage eine Gefahr ausgeht: Der Netzbetreiber muss bei einer Gefahr für Leib oder Leben die Anlage vom Netz nehmen, bei einer Gefahr für die Sicherheit oder zu erwartenden Störungen ist er dazu berechtigt, § 15 NDAV.

Um den sicheren Betrieb von Bestandsanlagen (und wiederaufbereiteten gebrauchten Anlagen) sicherzustellen, bedarf es entsprechender Gebrauchsanweisungen, Montage- und Aufstellrichtlinien sowie Warnhinweisen für die Anlagen und Bauteile.

III. Vorgaben zur Energieeffizienz

Anforderungen an die Energieeffizienz von neu erworbenen Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteilen folgen aus dem öffentlichen Produktsicherheitsrecht. Diese müssen eine rationelle Energienutzung gewährleisten. Der dabei maßgebliche Stand der Technik wird im DVGW-Arbeitsblatt G 600 präzisiert. Weitere Anforderungen zur Energieeffizienz und zum Umweltschutz bestehen nicht. Die Durchführungsmaßnahmen zur Ökodesign-Richtlinie (Richtlinie 2009/125/EG), insbesondere die Verordnung Nr. 245/09(EG) sowie das der Umsetzung in das nationale Recht dienende Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) sind für Gasbeleuchtungsanlagen nicht anwendbar. Eine gewisse Relevanz haben allein die unverbindlichen Richtwerte für die Straßenbeleuchtung in Anhang VII zur Verordnung Nr. 245/09(EG), die das derzeitige Optimum wiedergeben. Diese Werte kön-

nen im Rahmen von Eigenverpflichtungen der Stadt sowie zur Evaluierung und zum Vergleich mit anderen Städten herangezogen werden.

IV. Vorgaben zum Denkmalschutz und Erhaltungsgebieten

In die Denkmalliste aufgenommen – und somit denkmalgeschützt – ist bislang allein die Gasbeleuchtungsanlage im Hofgarten. Für Modernisierungsmaßnahmen ist die für Änderungen erforderliche Genehmigung (§ 9 Denkmalschutzgesetz NRW) regelmäßig zu erteilen, da die Modernisierungen mit den Belangen des Denkmalschutzes – auch wenn einzelne Bauteile ausgetauscht werden – vereinbar sind. Bei einer Umstellung auf modernere Lichtquellen, wie z. B. LED-Technik, gilt dies, wenn die optische Wahrnehmung – inklusive der spezifischen Lichtqualität und -intensität – nicht wesentlich verändert wird. Der besondere Denkmalwert bleibt so – bei gleichzeitiger Ermöglichung einer zeitgemäßen Nutzung – weitestgehend erhalten.

Gasbeleuchtungsanlagen im Bereich von Erhaltungsgebieten zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart (§ 172 Baugesetzbuch) sind wegen ihrer Bedeutung für die städtebauliche Gestalt der Gebiete in den Schutz einbezogen. Die erforderliche Genehmigung ist für Modernisierungsmaßnahmen, auch bei einem Austausch der Lichttechnik, zu erteilen, wenn die spezifische Beleuchtungsqualität der Gasbeleuchtungsanlage erhalten bleibt.

V. Vorgaben des Vergaberechts

Bei der Beschaffung von Glühkörpern und Glühstrümpfen sind Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz auf allen Ebenen des Vergabeverfahrens, inklusive der vorgelagerten Bedarfsanalyse, zu berücksichtigen, § 17 Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG). Der Auftraggeber kann – entsprechend der Systematik des Vergaberechts – den Auftragsgegenstand frei bestimmen und sich dabei gegen die Umrüstung auf effizientere Systeme, wie z. B. eine Beleuchtung mit LED-Technik, entscheiden und die Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz bewusst hinten anstellen. Er hat dann aber die Aspekte der Energieeffizienz und des Umweltschutzes angemessen im Rahmen des Vergabeverfahrens zu berücksichtigen. Bei der Leistungsbeschreibung sind – soweit möglich – konkrete Anforderungen hinsichtlich der Energieeffizienz und des Umweltschutzes zu stellen. Bei der Wertung der Angebote sind diese Aspekte – wie in der Vergangenheit geschehen – ausreichend zu berücksichtigen.

VI. Vorgaben zur Barrierefreiheit

Der in DIN 13201 dargestellte Stand der Technik hinsichtlich einer der Barrierefreiheit genügenden Beleuchtung muss bei Verkehrsanlagen in der Landeshauptstadt Düsseldorf nicht verwirklicht werden. Der Stand der Technik ist nur bei zivilen Baumaßnahmen des Bundes verpflichtend, § 8 Abs. 1 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG).

Verkehrsanlagen sollen bis zum Jahr 2022 barrierefrei ausgestaltet werden, § 8 BGG i.V.m. § 8 Personenbeförderungsgesetz. Im öffentlichen Straßenraum und im Bereich öffentlicher Gebäude soll im Rahmen von Baumaßnahmen, soweit möglich, Barrierefreiheit hergestellt werden. Maßstab für die Barrierefreiheit ist dabei, dass die Anlage von Menschen mit Behinderung ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar ist. Die DIN 13201 ist dabei nicht verpflichtend, kann aber als Maßstab sinnvoll genutzt werden.

VII. Vorgaben zur Haftung

Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist als Träger der Straßenbaulast aufgrund ihrer Verantwortung für den Zustand der Straße verpflichtet, Gefahren bei deren Nutzung nach Möglichkeit zu vermeiden. Zu dieser Straßenverkehrssicherungspflicht gehört auch die Pflicht zur angemessenen Beleuchtung. Die Beleuchtung ist insbesondere an besonders gefährlichen oder stark benutzten Straßenbereichen erforderlich. Verletzt die Landeshauptstadt Düsseldorf diese Pflicht – durch eine unzureichende oder unzuverlässige Beleuchtung – muss sie für den Schaden nach den Vorschriften der Amtshaftung haften, soweit der Verletzte den Schaden nicht selbst mitverursacht hat, § 839 Bürgerliches Gesetzbuch i.V.m. Art. 34 Grundgesetz.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf und der Betreiber der Straßenbeleuchtung haften aufgrund der Verletzung ihrer Verkehrssicherungspflicht, wenn von den Straßenbeleuchtungsanlagen selbst aktive Gefahren ausgehen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn durch Korrosion oder sonstige Beschädigung z.B. durch einen Unfall, Gas austritt und sich ein explosives Gas-Luft-Gemisch bildet oder die Gefahr des Herunterfallens von Bauteilen besteht, ohne dass zuvor die Sicherheit geprüft wurde. Eine Haftung scheidet jedoch in der Regel aus, wenn die Gasbeleuchtungsanlagen und ihre Bauteile den Vorschriften des öffentlichen Produktsicherheitsrechts entsprechen und die Vorgaben der NDAV bzw. der einschlägigen DVGW-Arbeitsblätter eingehalten wurden.

Die Einhaltung der materiellen Anforderungen zur Produktsicherheit kann durch eine CE-Kennzeichnung bzw. Konformitätsbescheinigung nachgewiesen werden. Werden Produkte erworben, die keine CE-Kennzeichnung oder Konformitätsbescheinigung aufweisen, kann die Einhaltung der Produktsicherheit (ersatzweise) auch durch eine eigene Prüfung der Gasbeleuchtungsanlagen oder der Bauteile nachgewiesen werden.

B. Handlungsempfehlungen

Die weitere Betriebsführung von Gasbeleuchtungsanlagen sollte einer technischen Prüfung unterzogen werden. Dabei ist zwischen der Beschaffung neuer Beleuchtungsanlagen (bzw. von deren Bauteilen) und dem Umgang mit Bestandsanlagen zu unterscheiden.

I. Beschaffung von Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteilen

Neue Gasbeleuchtungsanlagen oder neue Bauteile müssen den Vorgaben zur Produktsicherheit entsprechen.

Im Grundsatz sollte dies der Hersteller durch eine CE-Kennzeichnung oder (bei Bauteilen) eine Konformitätsbescheinigung nachweisen. Ist dies nicht möglich sollte eine gesonderte Konformitätsprüfung erfolgen. Hierfür wäre ein entsprechender technischer Anforderungskatalog zu definieren. Dabei wird eine Abstimmung mit der zuständigen Marktaufsichtsbehörde oder einer zertifizierten Prüfstelle empfohlen.

Die Vorgaben des Vergaberechts werden derzeit bereits eingehalten. Der Masterplan „energieeffiziente Beleuchtung“ enthält bereits die betrieblichen Kennwerte der Beleuchtung. Diese wurden im bisherigen Ausschreibungsverfahren berücksichtigt. Für die Landeshauptstadt besteht daher insoweit kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

II. Bestehende Gasbeleuchtungsanlagen

Die Vorgaben zum Netzanschluss und der Straßenverkehrssicherheitspflicht erfordern eine kritische Würdigung des Anlagenbestandes:

Sollten auch nur Teile der Bestandsanlagen Sicherheitsmängel aufweisen, wären diese zu beseitigen. Als Beispiel hierfür sei auf die Gefahr eines unkontrollierten Ausströmens von Gas und die daraus folgende Bildung eines explosiven Gas-Luft-Gemisches nach einer Beschädigung der Beleuchtungsanlage oder die Gefahr herabstürzender Bauteile verwiesen. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob eine solche Gefahr von dem Fehlen einer Absperreinrichtung ausgeht. Die Sicherheit der ver-

wendeten Bestandsanlagen und wiederaufbereiteten Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteile sollte von dem Betreiber sichergestellt werden. Dies kann durch eine mit der zuständigen Zertifizierungsstelle abgestimmten Prüfung geschehen. Der Netzbetreiber wäre im Falle eines Sicherheitsmangels jedenfalls berechtigt und unter Umständen sogar verpflichtet, entsprechende Anlagen vom Netz zu nehmen.

Es sollte zudem stets sichergestellt werden, dass ausreichende Gebrauchsanweisungen, Montage- und Aufstellrichtlinien sowie Warnhinweise für die Anlagen und Bauteile vorliegen. Eine entsprechende Dokumentationspflicht und die Aufnahme dieser in die Prozesse der ISO 9001 werden der Stadtwerke Düsseldorf AG nahe gelegt.

Ein besonderes Augenmerk sollte bei der Prüfung auf gefährlichen oder stark frequentierten Straßenbereichen liegen. Gerade hier ist eine ausreichende und zuverlässige Beleuchtung von großer Bedeutung. Zu vermeiden ist in jedem Fall die Kombination von besonderen Gefahrenstellen und einer Beleuchtungsanlage mit hoher Ausfallwahrscheinlichkeit. Als Maßstab für eine angemessene Beleuchtung kann die DIN 13201 herangezogen werden.

Aber auch unterhalb der Schwelle von Gefährdungen kann eine Veränderung der Beleuchtungsanlagen geboten sein. So zielen die Vorschriften zur Barrierefreiheit auf eine möglichst gleichberechtigte Teilnahme behinderter Menschen am öffentlichen Leben. In diesem Sinne sollte untersucht werden, an welchen Stellen die öffentliche Beleuchtung verbessert werden muss, um behinderten Menschen den selbstständigen Zugang zu ermöglichen. Besonders deutlich wird dies im Bereich von öffentlichen Verkehrsanlagen und Fußgängerübergängen. Soweit umsetzbar sollte dort eine ausreichende und zuverlässige Beleuchtung sichergestellt werden. Auch hier bieten die Vorgaben der DIN 13201 sowie die Technischen Regeln für Straßenbahnen – Elektrische Anlagen – zur Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BoStrab) bzw. die Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) einen sinnvollen Maßstab. Soll im Rahmen eines geförderten Bauvorhabens im Bereich öffentlicher Verkehrsanlagen die Zustimmung der Behindertenverbände eingeholt werden, kann die DIN 13201 auch dazu als Maßstab dienen. Sämtliche Änderungen an den Gasbeleuchtungsanlagen im Bereich des Hofgartens sollten mit der unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt bzw. von dieser genehmigt werden. Dies gilt auch bei Arbeiten, die zur Beseitigung von Sturmschäden (wie aktuell nach dem Sturm Ela) erforderlich sind.

Teil 3 Rechtliche Bewertung im Einzelnen

A. Relevanz von Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen zur Produktsicherheit

Im Folgenden werden zunächst die unter Ziffer 1.1 bis 1.4 aufgeführten Fragen gutachterlich beantwortet. Diese beziehen sich auf die Anforderungen an Gasbeleuchtungsanlagen nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), der 7. Produktsicherheitsverordnung (7. ProdSV) sowie der Richtlinie für Gasverbrauchseinrichtungen 2009/142/EG¹.

Die Darstellung orientiert sich zunächst an der Reihenfolge des Fragenkatalogs, dort Ziffern 1.1 bis 1.4. Zunächst wird die grundsätzliche Pflicht zur CE-Kennzeichnung von Gasbeleuchtungsanlagen und der Inhalt der Konformitätsprüfung untersucht (vgl. Frage Ziff. 1.1 unten I.). Unter Gasbeleuchtungsanlagen werden dabei jeweils eine gesamte gasbetriebene Straßenlaterne inklusive gasführendem Mast verstanden.

Im Anschluss daran soll dargestellt werden, inwiefern die CE-Kennzeichnungspflicht sich auf einzelne Bauteile einer Gasbeleuchtungsanlage erstreckt (vgl. Frage Ziff. 1.2, siehe unten II.). Zu den relevanten Bauteilen gehören insbesondere (aber nicht abschließend) der gasführende Mast, die Schaltgeräte, der Gasdruckregler, die Verteilungskammer, die Mundstücke, der Glühkörper, der Glühstrumpf, die Zündeinrichtung, die Glaswanne, die Glaswannenbefestigung und das Leuchtengehäuse.

Fraglich ist sodann, ob eine CE-Kennzeichnungspflicht für eine Gasbeleuchtungsanlage (inklusive des gasführenden Masts) dadurch entstehen kann, dass einzelne CE-kennzeichnungspflichtige Bauteile eingebaut werden (vgl. Frage Ziff. 1.3, siehe unten III.).

¹ Die in der Richtlinie 2009/142/EG ebenfalls verankerte CE-Kennzeichnungspflicht tritt vorliegend hinter der CE-Kennzeichnungspflicht aus § 7 ProdSG und der 7. ProdSV zurück, da der Inhalt der Richtlinie nicht unmittelbar gilt. Vielmehr verpflichtet die Richtlinie den deutschen Gesetzgeber zur Umsetzung der technischen Vorgaben zu Gasverbrauchseinrichtungen und deren Kennzeichnung in deutsches Recht. Die Vorgaben der Richtlinie 2009/142/EG wurden in Deutschland durch das ProdSG sowie bezüglich der gasspezifischen Vorgaben durch die 7. ProdSV in nationales Recht umgesetzt. Damit gelten in Deutschland das ProdSG und die 7. ProdSV, die wiederum richtlinienkonform auszulegen sind. Bei Unklarheiten über die Auslegung einzelner Normen oder Tatbestandsmerkmale des ProdSG bzw. der 7. ProdSV kann die Richtlinie zur Auslegung der entsprechenden Bestimmungen des nationalen Rechts herangezogen werden.

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, ob die rechtlichen Vorgaben zur Produktsicherheit als Stand der Technik im Sinne von § 13 Abs. 2 NDAV zu bewerten sind (vgl. Frage Ziff. 1.4, siehe unten V).

I. Grundsätzliche CE-Kennzeichnungspflicht für Gasbeleuchtungsanlagen

Gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 2 ProdSG ist es verboten, ein Produkt auf dem Markt bereitzustellen, das nicht mit der CE-Kennzeichnung versehen ist, obwohl eine Rechtsverordnung nach § 8 Abs. 1 ProdSG oder eine andere Rechtsvorschrift ihre Anbringung vorschreibt. Im Nachfolgenden ist daher im Einzelnen zu untersuchen, ob Gasbeleuchtungsanlagen *Produkte* im Sinne des ProdSG sind (siehe dazu unten 1)), die am Markt bereitgestellt werden (siehe dazu unten 2)) und ob eine Rechtsverordnung oder eine andere Rechtsvorschrift eine CE-Kennzeichnung für diese Gegenstände vorschreibt (siehe dazu unten 4))).

1) Produkt im Sinne des ProdSG

Fraglich ist, ob Gasbeleuchtungsanlagen als Produkte im Sinne des ProdSG einzuordnen sind. Produkte i. S. d. ProdSG sind nach gesetzlicher Definition in § 2 Nr. 22 ProdSG

„Waren, Stoffe oder Zubereitungen, die durch einen Fertigungsprozess hergestellt worden sind“:

Dem ProdSG liegt also ein weiterer Produktbegriff zugrunde. Es wird nicht danach unterschieden, ob es sich um ein Verbraucherprodukt handelt oder nicht.² Es ist unerheblich, für welche Zielgruppe das Produkt bestimmt ist.

Ausgeschlossen vom Anwendungsbereich des ProdSG sind gebrauchte Produkte nach § 1 Abs. 3 Nr. 2, wenn sie vor ihrer Verwendung instandgesetzt oder wiederaufgearbeitet werden müssen und der Abgebende den Erwerber darüber ausreichend unterrichtet.³

Daraus folgt, dass für gebrauchte Gasbeleuchtungsanlagen, die der Instandsetzung oder Aufarbeitung bedürfen, keine CE Kennzeichnungspflicht besteht.

² Schucht, in: Klindt, Produktsicherheitsgesetz, 2. Auflage 2015, § 3, Rn. 12.

³ Wilrich, Das neue Produktsicherheitsgesetz, 2012, S. 41f.

2) Am Markt bereitstellen

Die CE-Kennzeichnungspflicht für Gasbeleuchtungsanlagen setzt zudem voraus, dass das Produkt am Markt bereitgestellt wird.

Unter einer solchen Bereitstellung auf dem Markt⁴ ist nach der gesetzlichen Definition in § 2 Nr. 4 ProdSG

„jede entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe eines Produkts zum Vertrieb, Verbrauch oder zur Verwendung auf dem Markt der Europäischen Union im Rahmen einer Geschäftstätigkeit“

zu verstehen.

a) Entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe

Zentraler Bestandteil eines Bereitstellens am Markt ist, dass das Produkt Gegenstand einer Abgabe ist.⁵

Die Abgabe ist gesetzlich nicht definiert. Aus der Gesetzesbegründung ergibt sich, dass der Begriff als Synonym zum Rechtsbegriff des Inverkehrbringens bzw. Überlassens an einen anderen⁶ in der Vorgängervorschrift des § 2 Abs. 8 S. 1 des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes (GPSG)⁷ alter Fassung zu verstehen ist.⁸

Von einem Überlassen an einen anderen – mithin von einer Abgabe –, ist somit immer dann auszugehen, wenn es zu einem Wechsel der tatsächlichen Sachherrschaft in Bezug auf ein Produkt kommt. Entscheidend ist der Augenblick „des Übergangs des produktspezifischen Gefahrenpotentials auf einen neuen (Produkt-) Nutzer“. ⁹ Dieser Übergang findet mit dem Erwerb des Besitzes¹⁰ an dem Produkt statt, auf das zivilrechtliche Eigentum kommt es indes nicht an¹¹.

⁴ Der Begriff Bereitstellung am Markt tritt an die Stelle des früheren Inverkehrbringens., so *Polly/Lach*, Das neue Produktsicherheitsgesetz – was Wirtschaftsakteure beachten sollten, BB, 2012, 71.

⁵ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 22.

⁶ Vgl. § 2 Abs. 8 S. 1 GPSG a. F.

⁷ BT-Drs. 17/6276, S. 39.

⁸ BT-Drs. 17/6276, S. 40.

⁹ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 29.

¹⁰ So ausdrücklich Leitlinien zum Produktsicherheitsgesetz, hrsg. v. Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, 3. Aufl. 2013, Leitlinie 2/1, S. 11.

¹¹ So Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 26 sowie zur früheren Rechtslage auch *Diener*, MPR 2006, 1 [2], zum GPSG.

Zwingende Voraussetzung einer Abgabe ist allerdings, dass der Besitz auf eine (natürliche oder juristische) Person übergeht, die von dem bisherigen Nutzer oder Besitzer verschieden ist (Zwei-Personen-Verhältnis). Diese Voraussetzung ist auch bei einem Überlassen zwischen zwei (rechtlich verschiedenen) Gesellschaften innerhalb eines Konzerns erfüllt¹², nicht aber bei der Verbringung in eine andere Betriebsstätte desselben Unternehmens¹³.

aa) Bei Verwendung der Bestandsanlagen

Aus der vorstehend erläuterten Definition einer Abgabe folgt, dass die Weiterverwendung von Gasbeleuchtungsanlagen durch den bisherigen Besitzer bzw. Nutzer keine Abgabe darstellt, mithin auch keine Bereitstellung des Produktes am Markt vorliegt. Es fehlt insoweit an dem erforderlichen Zwei-Personen-Verhältnis. Auch das Versetzen bzw. Wiederaufstellen einer Gasbeleuchtungsanlage im öffentlichen Straßenraum stellt keine Abgabe dar, da die Sachherrschaft nicht auf einen anderen übergeht.

Folglich scheidet eine CE-Kennzeichnungspflicht für gebrauchte Produkte (Bestandsanlagen) bei der Weiterverwendung durch den bisherigen Verwender aus. Da sich der Anwendungsbereich des ProdSG sowie der Richtlinie 2009/142/EG zeitlich nur auf das Bereitstellen am Markt bezieht, ergeben sich daraus keine Anforderungen an Bestandsanlagen.

bb) Bei Beschaffung neuer oder gebrauchter Produkte von Dritten

Anders ist das Vorliegen einer Abgabe bei der Beschaffung neuer oder gebrauchter Produkte von Dritten zu beurteilen. Dort liegt im Zeitpunkt des Sachherrschaftswechsels vom Hersteller bzw. Händler auf den Erwerber eine Abgabe vor.

b) Zum Vertrieb, Verbrauch oder zur Verwendung auf dem Markt der Europäischen Union

Nach § 2 Nr. 4 ProdSG ist erforderlich, dass die Abgabe zum Vertrieb, Verbrauch oder zur Verwendung auf dem Markt der Europäischen Union im Rahmen einer Geschäftstätigkeit erfolgt. Die Beschaffung von Gasanlagen erfolgt für den Einsatz

¹² So auch die Leitlinien zum Produktsicherheitsgesetz, hrsg. v. Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, 3. Aufl. 2013, Leitlinie 2/1, S. 10f; *Klindt/Schucht*, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 32.

¹³ Leitlinien zum Produktsicherheitsgesetz, hrsg. v. Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, 3. Aufl. 2013, Leitlinie 2/1, S. 10f; *Klindt/Schucht*, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 33.

im Rahmen der Straßenbeleuchtung in Düsseldorf und somit zur Verwendung auf dem Markt der Europäischen Union.

3) **Zwischenergebnis**

Gasbeleuchtungsanlagen sind Produkte im Sinne des ProdSG. Ausgenommen vom Anwendungsbereich sind allein gebrauchte Anlagen, die vor der Verwendung in-standgesetzt oder wiederaufbereitet werden müssen.

Eine CE-Kennzeichnungspflicht folgt aus dem ProdSG allerdings nur dann, wenn die Anlagen am Markt bereitgestellt werden. Gasanlagen benötigen also eine CE-Kennzeichnung, wenn sie von einem Dritten bezogen werden. Werden hingegen eigene Bestandsanlagen weiterverwendet besteht keine Kennzeichnungspflicht.

4) **CE-Kennzeichnungspflicht durch Rechtsnorm vorgeschrieben**

Schließlich setzt eine CE-Kennzeichnungspflicht für am Markt bereitgestellte Produkte voraus, dass dies in einer Rechtsverordnung nach § 8 Abs. 1 ProdSG oder in einer sonstigen Rechtsvorschrift ausdrücklich vorgeschrieben ist, vgl. § 7 Abs. 2 Nr. 2 ProdSG.

In Deutschland gelten zahlreiche Produktsicherheitsverordnungen¹⁴, welche jeweils für eine bestimmte Kategorie von Produkten eine CE-Kennzeichnungspflicht normieren. Für Gasbeleuchtungsanlagen kommt aus dem Kreis dieser Verordnungen ausschließlich die 7. Verordnung zum Produktsicherheitsgesetz (Gasverbrauchseinrichtungsverordnung)¹⁵ in Betracht (siehe hierzu unten a)). Darüber hinaus ist eine CE-Kennzeichnungspflicht für bestimmte Produktkategorien in einzelnen Gesetzen geregelt (siehe dazu unten b)).

a) **7. ProdSV (Gasverbrauchseinrichtungsverordnung)**

Nach § 3 Abs. 1 der 7. ProdSV darf ein Gerät nur auf dem Markt bereitgestellt werden, wenn es mit einer CE-Kennzeichnung versehen ist. Mit dieser Kennzeichnung wird insbesondere bestätigt, dass das Gerät die Sicherheitsanforderungen nach Anhang I der Richtlinie 2009/142/EG erfüllt und bei vorschriftsmäßiger Verwendung die Sicherheit von Personen, Haustieren und Gütern nicht gefährdet (§§ 2, 3 Abs. 1 Nr. 17. ProdSV).

¹⁴ Grundlegend Wilrich, Das neue Produktsicherheitsgesetz, 2012, S. 9

¹⁵ Siebte Verordnung zum Produktsicherheitsgesetz (Gasverbrauchseinrichtungsverordnung) vom 26. Januar 1993; (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 8. November 2011 (BGBl. I S. 2178).

aa) Geräte

Geräte im Sinne der 7. ProdSV sind gemäß § 1 Abs. 2 solche Geräte, die

*„zum Kochen, zum Heizen, zur Warmwasserbereitung, zu Kühl-, **Beleuchtungs-** oder **Waschzwecken** verwendet und **mit gasförmigen Brennstoffen** bei einer normalen Wassertemperatur von gegebenenfalls nicht mehr als 105 °C **betrieben** werden. Gas-Gebläsebrenner und die zugehörigen Wärmetauscher sind den Geräten gleichgestellt.“* (Hervorhebung durch die Verfasser)

Beleuchtungsanlagen, die mit gasförmigen Brennstoffen zum Zwecke der (Straßen-)Beleuchtung betrieben werden, stellen daher Geräte im Sinne von § 1 Abs. 2 der 7. ProdSV dar und eröffnen deren Anwendungsbereich.

bb) Neue Geräte

Zu beachten ist allerdings darüber hinaus, dass die 7. ProdSV nach ihrem § 1 Abs. 1 ausschließlich auf *neue* Geräte Anwendung findet. Das sind solche Geräte, deren Inbetriebnahme noch nicht stattgefunden hat¹⁶ oder das nach der Inbetriebnahme wesentlich verändert wurde, sodass es als neues Produkt zu qualifizieren ist¹⁷. Durch eine reine Wiederaufbereitung eines gebrauchten Gerätes wird dieses nicht zu einem neuen Gerät im Sinne des § 1 Abs. 1 der 7. ProdSV¹⁸.

Für gebrauchte Gasbeleuchtungsanlagen, die ohne Instandsetzung oder Wiederaufbereitung verwendet werden können, liegt somit keine CE-Kennzeichnungspflicht vor. Diese dürfen aber nach § 3 Abs. 2 S. 1 ProdSG nur dann am Markt bereitgestellt werden, wenn sie bei bestimmungsgemäßer oder vorhersehbarer Verwendung die Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährden. Sofern dies erst durch ordnungsgemäße Verwendung, Ergänzung oder Instandhaltung gewährleistet werden kann, müssen gebrauchte Geräte mit einer Bedienungsanlage in deutscher Sprache ausgestattet sein, § 3 Abs. 4 ProdSG. Dies ist wegen der generellen Gefährlichkeit von Gasanlagen in der Regel der Fall.

Bei der dazu notwendigen Beurteilung der Gefährlichkeit ist nach § 3 Abs. 2 S. 2 ProdSG auf folgende Punkte abzustellen:

- die Eigenschaften des Produkts einschließlich seiner Zusammensetzung, seine Verpackung, die Anleitungen für seinen Zusammenbau, die Installation, die Wartung und die Gebrauchsdauer,

¹⁶ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz, § 2 Rn. 52.

¹⁷ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz, § 2 Rn. 53.

¹⁸ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz, § 2 Rn. 53 m.w.N.

- die Einwirkungen des Produkts auf andere Produkte, soweit zu erwarten ist, dass es zusammen mit anderen Produkten verwendet wird,
- die Aufmachung des Produkts, seine Kennzeichnung, die Warnhinweise, die Gebrauchs- und Bedienungsanleitung, die Angaben zu seiner Beseitigung sowie alle sonstigen produktbezogenen Angaben oder Informationen,
- die Gruppen von Verwendern, die bei der Verwendung des Produkts stärker gefährdet sind als andere.

Nach § 3 Abs. 2 S. 3 ProdSG ist ein Produkt allerdings nicht bereits deshalb gefährlich, weil ein höheres Sicherheitsniveau möglich ist.

b) Sonstige gesetzliche Vorschriften

Darüber hinaus kann sich die CE-Kennzeichnungspflicht aus anderen gesetzlichen Vorschriften ergeben (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 ProdSG). Für Gasbeleuchtungsanlagen kommt insoweit insbesondere § 6 des Gesetzes über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (EVPG¹⁹) in Betracht, soweit die CE-Kennzeichnung in einer Durchführungsvorschrift zu diesem Gesetz vorgeschrieben ist. Wie unten (siehe Abschnitt B.II.) näher ausgeführt wird, ist dies indes bei Gasbeleuchtungsanlagen nicht der Fall. Zudem wäre der Anwendungsbereich dieses Gesetzes gemäß § 1 Abs. 1 EVPG ohnehin beschränkt auf das (erstmalige) Inverkehrbringen (§ 2 Abs. 4 EVPG) und die (erstmalige) Inbetriebnahme (§ 3 Abs. 5 EVPG) derartiger Produkte. Für gebrauchte Gasbeleuchtungsanlagen ergibt sich daher auch aus dem EVPG jedenfalls keine Pflicht zur CE-Kennzeichnung.

5) Zwischenergebnis

Neue Gasbeleuchtungsanlagen unterliegen einer Pflicht zur CE-Kennzeichnung, soweit sie am Markt bereitgestellt werden. Für diese ist eine Konformitätsprüfung entsprechend § 3 Abs. 1 bzw. § 2 der 7. ProdSV i.V.m. Anhang II der Richtlinie 2009/142/EG durchzuführen.

Neue Geräte müssen zudem mit einer Anleitung für den Installateur und einer Bedienungs- und Wartungsanleitung für den Benutzer sowie geeigneten Warnhinweisen ausgestattet sein, § 5 der 7. ProdSV i.V.m. Punkt 1.2 der Anlage 1 zur Richtlinie 2009/142/EG.

¹⁹ Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz vom 27. Februar 2008 (BGBl. I S. 258), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 31. Mai 2013 (BGBl. I S. 1388)

Gebrauchte Gasbeleuchtungsanlagen benötigen keine CE-Kennzeichnung, dürfen aber nur am Markt bereitgestellt werden, wenn bei normalem Gebrauch keine Gefahren von Ihnen ausgehen und ihnen eine Bedienungsanlage in deutscher Sprache beigelegt ist.

Müssen gebrauchte Gasbeleuchtungsanlagen vor der Benutzung instandgesetzt oder wiederaufbereitet werden, sind sie nicht vom Anwendungsbereich des ProdSG erfasst.

II. CE-Kennzeichnungspflicht für Bauteile

Im Folgenden soll untersucht werden, ob einzelne Bauteile von Gasbeleuchtungsanlagen, einer selbständigen CE-Kennzeichnungspflicht unterliegen oder sonst einer Konformitätsprüfung nach der Richtlinie 2009/142/EG bedürfen. Betroffen wären hiervon insbesondere der gasführende Mast, Schaltgeräte, Gasdruckregler, Verteilungskammer, Mundstücke, Glühkörper, Glühstrumpf, Zündeinrichtung, Glaswanne, Glaswannenbefestigung und Leuchtengehäuse.

Rechtsgrundlage für eine CE-Kennzeichnungspflicht könnte ebenfalls § 7 Abs. 2 Nr. 2 ProdSG sein. Danach ist es verboten, ein Produkt ohne CE-Kennzeichnung am Markt bereitzustellen, obwohl eine Rechtsverordnung oder eine sonstige Rechtsvorschrift deren Anbringung vorsieht.

1) Am Markt bereitgestelltes Produkt

Bei den Bauteilen müsste es sich zunächst um Produkte im Sinne des ProdSG handeln, die am Markt bereitgestellt werden. Diese Voraussetzungen entsprechen inhaltlich denjenigen für gesamte Gasbeleuchtungsanlagen. Auf die entsprechenden Ausführungen (oben I.) wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen.

Bauteile erfüllen die Voraussetzungen der Definition eines Produktes gemäß § 2 Nr. 22 ProdSG. Sofern sie am Markt bereitgestellt werden, also insbesondere Gegenstand einer Abgabe vom Hersteller bzw. Händler an einen Dritten waren (siehe im Einzelnen oben, I. 2)), ist der Anwendungsbereich des § 7 Abs. 2 Nr. 2 ProdSG erfüllt.

2) CE-Kennzeichnungspflicht durch Rechtsvorschrift

Fraglich ist, ob eine Rechtsverordnung nach § 8 ProdSG oder seine sonstige Rechtsvorschrift eine CE-Kennzeichnung vorschreibt.

a) 7. ProdSV

Eine derartige Pflicht könnte sich zunächst aus § 3 Abs. 1 7. ProdSV ergeben.

aa) Geräte

Das setzt – wie oben dargestellt, siehe I. 4) a) aa) – allerdings voraus, dass Bauteile (neue) Geräte im Sinne der 7. ProdSV sind. Dies sind gemäß 1 Abs. 2 der 7. ProdSV solche Geräte, die zu Beleuchtungszwecken verwendet und mit gasförmigen Brennstoffen betrieben werden. Die hier fraglichen Bauteile können zwar Bestandteile derartiger Geräte sein, bei separater Betrachtung stellen sie allerdings selbst keine vollständigen Geräte dar. Die Voraussetzungen einer CE-Kennzeichnungspflicht aus § 3 Abs. 1 7. ProdSV sind daher – unabhängig davon, ob es sich um neue oder gebrauchte Bauteile handelt – nicht erfüllt.

bb) Ausrüstung

Allerdings enthält die 7. ProdSV auch Vorschriften für (neue) Ausrüstung von Gasverbrauchseinrichtung, vgl. § 1 Abs. 1 der 7. ProdSV.

Ausrüstung i. S. d. § 1 Abs. 3 sind:

„Sicherheits-, Kontroll- und Regelvorrichtungen sowie Baugruppen — mit Ausnahme von Gas-Gebläsebrennern und ihren zugehörigen Wärmetauschern —, die für gewerbliche Zwecke gesondert in den Verkehr gebracht werden und in eine Gasverbrauchseinrichtung eingebaut oder zu einer solchen zusammengebaut werden sollen“.

Die fraglichen Bauteile von gasbetriebenen Straßenbeleuchtungsanlagen (wie Tragsysteme, gasführende Masten, Glaswannen und Glühkörper) stellen Sicherheits-, Kontroll- bzw. Regelvorrichtungen bzw. Baugruppen dar, die nicht zum Gas-Gebläsebrenner gehören und zum Einbau in Gasbeleuchtungsanlagen vorgesehen sind. Es handelt sich daher um Ausrüstungsgegenstände.

cc) Anforderungen

Eine Ausrüstung darf zwar nach § 3 Abs. 4 S. 3 7. ProdSV kein CE-Kennzeichen tragen, die 7. ProdSV enthält jedoch auch für eine Ausrüstung spezielle Vorgaben.

Die Anforderungen an Ausrüstungen ergeben sich aus § 3 Abs. 4 S. 1 i.V.m. § 2 der 7. ProdSV. Danach müssen die grundlegenden Sicherheitsanforderungen nach Anhang I der Richtlinie 2009/142/EG erfüllt werden.

Sie darf nur auf dem Markt bereitgestellt werden, wenn ihr eine Bescheinigung nach Art. 8 Abs. 4 der genannten Richtlinie beigelegt ist, mit der der Hersteller oder sein Bevollmächtigter die Konformität mit diesen Sicherheitsanforderungen bestätigt. Für diese Bescheinigung gelten die Vorgaben an das Konformitätsbewertungsverfahren für die CE-Kennzeichnung entsprechend, § 3 Abs. 4 Satz 2 der 7. ProdSV.

Sofern der Schutz der Sicherheit und Gesundheit erst durch ordnungsgemäße Verwendung, Ergänzung oder Instandhaltung gewährleistet werden kann, muss die Ausrüstung mit einer Bedienungsanlage in deutscher Sprache ausgestattet sein, § 3 Abs. 4 ProdSG. Dies dürfte wegen der generellen Gefährlichkeit von Gasanlagen in der Regel der Fall sein.

dd) Zwischenergebnis

Als Zwischenergebnis kann damit festgehalten werden, dass (neue) Bauteile von Gasbeleuchtungsanlagen Ausrüstungen von Gasverbrauchseinrichtungen im Sinne der 7. ProdSV sind, welche nur dann am Markt bereitgestellt werden dürfen, wenn sie die grundlegenden Sicherheitsanforderungen nach Anhang I der Richtlinie 2009/142/EG erfüllen.

Diese Konformität ist durch ein Konformitätsprüfungsverfahren nach § 3 Abs. 4 Satz 2 i.V.m. Abs. 1 Nr. 2 bis 4 der 7. ProdSV festzustellen und durch eine beigelegte Konformitätsbescheinigung nach Art. 8 Abs. 4 der Richtlinie 2009/142/EG durch den Hersteller oder seinen Bevollmächtigten zu bestätigen.

Funktionsfähige Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteile dürfen bei bestimmungsgemäßem Gebrauch nicht gefährlich sein. Neue Gasbeleuchtungsanlagen benötigen eine Anleitung für den Installateur, eine Bedienungs- und Wartungsanleitung für den Benutzer sowie geeignete Warnhinweise. Für gebrauchte funktionsfähige Gasbeleuchtungsanlagen reicht eine Bedienungsanleitung in deutscher Sprache.

III. CE-Kennzeichnungspflicht bei Einbau konformitätsbescheinigungspflichtiger Bauteile

Im Folgenden soll untersucht werden, ob der Einbau einzelner Bauteile zu einer (erneuten) CE-Kennzeichnungspflicht der gesamten Gasbeleuchtungsanlage führt.

Eine Kennzeichnungspflicht kann sich allein aus § 7 Abs. 2 Nr. 2 ProdSG ergeben, wonach es verboten ist, ein Produkt ohne CE-Kennzeichnung am Markt bereitzustellen, obwohl eine Rechtsverordnung oder eine sonstige Rechtsvorschrift deren Anbringung vorsieht. Die 7. ProdSV sieht in § 3 Abs. 1 eine Kennzeichnungspflicht

nur für neue Geräte vor. Durch den Einbau einzelner Bauteile müsste die Gesamtanlage also ein „neues Gerät“ werden (dazu 1))) und dieses am Markt bereitgestellt werden (dazu 2))).

1) „Neues Gerät“ durch Einbau

Auch ein gebrauchtes Produkt kann im Sinne der ProdSV als neues Produkt zu bewerten sein, wenn es wesentlich verändert wird.²⁰ Während das Produkt im Falle der Wiederaufarbeitung weiterhin als gebrauchtes Produkt gilt, ist es nach einer wesentlichen Veränderung als neues Produkt zu qualifizieren, mit der Folge, dass es allen produktsicherheitsrechtlichen Vorgaben insbesondere der §§ 3, 6 ProdSG entsprechen muss, wenn es anschließend erneut auf dem Markt bereitgestellt wird.²¹

Der vor diesem Hintergrund zentrale Begriff der wesentlichen Veränderung ist im ProdSG weder definiert noch konkretisiert. In der maschinenrechtlichen Praxis wird daher weiterhin das „Interpretationspapier des BMA und der Länder zum Thema ‚Wesentliche Veränderung von Maschinen‘“ vom 7.9.2000 zu Rate gezogen.²² Darin wird eine wesentliche Änderung wie folgt beschrieben:

„Ein Produkt, an dem nach seiner Inbetriebnahme bedeutende Veränderungen mit dem Ziel der Modernisierung seiner ursprünglichen Leistung, Verwendung oder Bauart vorgenommen worden sind, kann als neues Produkt angesehen werden. Dies ist von Fall zu Fall und insbesondere vor dem Hintergrund des Ziels der Richtlinie und der Art der unter die betreffende Richtlinie fallenden Produkte zu entscheiden. Wird ein umgebautes oder modifiziertes Produkt als neues Produkt eingestuft, muss es den Bestimmungen der anwendbaren Richtlinien entsprechen, wenn es in den Verkehr gebracht und in Betrieb genommen wird. Dies ist anhand des entsprechenden Konformitätsbewertungsverfahrens, das in der betreffenden Richtlinie festgelegt ist, zu überprüfen, sofern das aufgrund der Risikobewertung für notwendig erachtet wird. Ergibt die Risikobewertung, dass die Art der Gefahr und das Risiko zugenommen haben, so sollte das modifizierte Produkt in der Regel als neues Produkt bezeichnet werden. Derjenige, der an dem Produkt bedeutende Veränderungen vornimmt, ist dafür verantwortlich zu überprüfen, ob es als neues Produkt zu betrachten ist.“²³

²⁰ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 53.

²¹ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 53.

²² Abrufbar unter: http://www.maschinenrichtlinie.de/fileadmin/veroeffentlichungen/Wesentliche_Veraenderung_von_Maschinen.pdf; Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 54 Fußnote 58.

²³ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz Rn.49-55

Die Anforderungen, die an eine wesentliche Veränderung gestellt werden, sind hoch, so dass Umbauten in der Praxis regelmäßig nicht mit einer wesentlichen Veränderung einhergehen.²⁴ Durch den reparaturbedingten Austausch einzelner Bauteile oder die technische Aufrüstung müsste eine erhebliche Vergrößerung der für den Nutzer bestehenden Gefahren entstehen. Dies ist bei einem Wechsel der Zündeinrichtung oder der Glaswannen oder Glühstrümpfe nicht ersichtlich. Vielmehr dürfte ein solcher Tausch einzelner Baugruppen die Sicherheit erhöhen.

2) Am Markt Bereitstellen

§ 3 Abs. 1 ProdSG setzt eine CE-Kennzeichnungspflicht nur dann voraus, wenn dieses am Markt bereitgestellt wird. Der Einbau von Einzelteilen führt also nur dann zu einer erneuten CE-Kennzeichnungspflicht, wenn dieses dadurch erneut am Markt bereitgestellt wird. Dies setzt nach § 2 Nr. 4 ProdSG eine Abgabe des Produktes voraus. Eine Abgabe kann nur in einem Zwei-Personen-Verhältnis erfolgen.

Sofern durch den Einbau also überhaupt ein neues Gerät im Sinne der 7. ProdSV entsteht, scheidet eine CE-Kennzeichnungspflicht mangels Bereitstellung am Markt aus. Durch den Einbau von einzelnen Bauteilen wird der Eigentümer lediglich zu einem Eigenhersteller. Die Eigenherstellung stellt mangels Zwei-Personen-Verhältnisses keine Bereitstellung am Markt dar,²⁵ sofern dies nicht von einer Harmonisierungsvorschrift ausdrücklich vorgesehen wird.²⁶

3) Zwischenergebnis

Damit führt der Einbau von CE-kennzeichnungspflichtigen Ersatzteilen regelmäßig nicht zur Erforderlichkeit einer neuen CE-Kennzeichnung der Gasbeleuchtungsanlage. Einerseits wird das Produkt nicht erneut am Markt bereitgestellt, andererseits mangelt es regelmäßig an einem neuen Gerät.

IV. Bußgeld- und Strafvorschriften

Der Vertreiber einer Gasbeleuchtungsanlage oder -Bauteils handelt ordnungswidrig, wenn er eine erforderliche Bedienungsanleitung nicht oder nicht ordnungsge-

²⁴ Klindt/Schucht, Produktsicherheitsgesetz § 2 Nr. 4 Rn. 53.

²⁵ Vgl. EU Kommission, „Blue Guide“ – Leitfaden für die Umsetzung der Produktvorschriften der EU 2014, S. 21 zum engeren Begriff des Inverkehrbringens.

²⁶ Wie z. B. im Mess- und Eichrecht: Hier hat der Gesetzgeber in § 2 Nr. 7 des Mess- und Eichgesetzes (MessEG) geregelt, dass eine nachträgliche Einwirkung auf ein Messgerät, die zur Änderung der wesentlichen Eigenschaften führen kann, einem Inverkehrbringen gleichgesetzt wird. Damit würde die nachträgliche Veränderung eines konformitätsbewerteten und gekennzeichneten Gerätes zu einer erneuten Konformitätsbewertungspflicht führen.

mäßig mitliefert (§ 39 Abs. 1 Nr. 3 ProdSG), oder wenn er eine neue Gasbeleuchtungsanlage ohne CE-Kennzeichnung vertreibt (§ 39 Abs. 1 Nr. 6 ProdSG).

Die Abgabe ungeprüfter oder sogar gefährlicher Produkte stellt keine Ordnungswidrigkeit dar.

Die Landeshauptstadt und die Stadtwerke Düsseldorf unterliegen als Erwerber nicht den Anforderungen an die Produktsicherheit. Eine Abgabe von den Stadtwerken an die Landeshauptstadt liegt auch dann nicht vor, wenn Gasbeleuchtungsanlagen von den Stadtwerken beschafft werden und die Landeshauptstadt Eigentümer wird. Entscheidend ist die tatsächliche Sachherrschaft, die bei dem Betreiber liegt. Für diese besteht somit nicht die Gefahr eines ordnungswidrigen oder strafbaren Verhaltens.

V. Einzuhaltender Stand der Technik § 13 NDAV 2009/142/EG, ProdSG, 7 ProdSV (BBH)

Im Folgenden wird erörtert, ob der in § 13 Abs. 2 Satz 1 der Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) geforderte Stand der Technik für Geräte des Letztverbrauchers gleichzusetzen ist mit den zu erfüllenden technischen Vorgaben der Richtlinie 2009/142/EG, ProdSG, 7. ProdSV (Ziffer 1.4 der Frageliste) bzw. welcher Stand der Technik zu beachten ist (siehe dazu 1))) und welche Mindestanforderungen an die Sicherheit der Anlage bestehen (siehe dazu 2))).

1) Zu beachtender Stand der Technik

Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Instandhaltung der Gasanlage hinter der Hauptabspernung²⁷ trifft den Anschlussnehmer, § 13 Abs. 1 NDAV.

Aus der NDAV folgen dabei Anforderungen an die Durchführung von Arbeiten, sowie an die dabei verwendeten Materialien, § 13 Abs. 2 Satz 1 und 4 NDAV.

a) Anforderungen an die Durchführung von Arbeiten

Bei der Errichtung, der Erweiterung, der Änderung und der Instandhaltung einer Gasanlage ist der Betreiber an die NDAV, andere anwendbare Vorschriften und behördliche Bestimmungen sowie die anerkannten Regeln der Technik gebunden, § 13 Abs. 2 Satz 1 NDAV.

²⁷ Nach dem Verständnis der Gutachter existiert im vorliegenden Sachverhalt jedoch keine Hauptabspernung.

Bei den anerkannten Regeln der Technik handelt es sich um Regeln, die in der Wissenschaft anerkannt sind, dem Kreis der maßgeblichen Techniker durchweg bekannt sind und als richtig angewendet werden.²⁸ Hierzu zählen insbesondere die im DVGW Arbeitsblatt G 600 (Technische Regeln für Gas-Installationen, DVGW-TRGI 2008) und die technischen Hinweise entsprechend DVGW G 614 (M) aufgestellten technischen Regeln für Gasinstallationen und Aufstellungen im Freien.²⁹

Die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik wird bei Anlagen zur Erzeugung, Fortleitung und Abgabe von Gas vermutet, wenn die technischen Regeln der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfachs e.V. eingehalten werden, § 13 Abs. 2 Satz 2 NDAV i.V.m. § 49 Abs. 2 Nr. 2 EnWG. Im Übrigen bedarf es einer Prüfung im Einzelfall.

§ 13 NDAV bezieht sich allein auf die Durchführung der genannten Arbeiten.³⁰ Nur dabei ist der anerkannte Stand der Technik zu beachten. Es ist nicht erforderlich, Bestandsanlagen ständig auf dem jeweils aktuell geltenden Stand der Technik zu halten. Eine versteckte Modernisierungspflicht besteht also nicht.

b) Anforderungen an die verwendeten Materialien

Es dürfen nur Materialien und Gasgeräte verwendet werden, die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik hergestellt wurden, § 13 Abs. 2 Satz 4 NDAV.

Soweit bei Arbeiten an den Gasbeleuchtungsanlagen Materialien oder Geräte verwendet werden, die eine CE-Kennzeichnung oder, sofern eine CE-Kennzeichnung nicht vorgeschrieben ist, das Zeichen einer akkreditierten Stelle - insbesondere das DVGW-Zeichen³¹ - aufweisen wird vermutet, dass diese dem Stand der Technik entsprechen. Liegt eine solche Zertifizierung hingegen nicht vor, bedarf es einer Prüfung im Einzelfall. Dabei ist positiv zu belegen, dass die zu verwendenden Materialien oder Gasgeräte dem Stand der Technik entsprechen, also die gleiche Sicherheit gewährleisten wie die anerkannten Regeln der Technik. Maßstab hierfür sind insbesondere die DVGW Arbeitsblätter G 600 und G 641.

Eine versteckte Modernisierungspflicht für Bestandsanlagen folgt hieraus nicht. Der aktuelle Stand der Technik ist nur bei Geräten und Materialien einzuhalten, die bei der Durchführung von Arbeiten verwendet werden.

²⁸ Morell, NDAV, Kommentar, § 13 Rn. 8 mwN.

²⁹ Morell, NDAV, Kommentar, § 13 Rn. 8.

³⁰ Vgl. dazu die Begründung zur NDAV, BR-Drs. 367/06.

³¹ Morell, NDAV, Kommentar, § 13 Rn. 25.

Die Anforderungen aus dem ProdSG, der ProdSV und der Richtlinie 2009/142/EG sind daher nicht auf Teile der Bestandsanlage anzuwenden.

2) Beachtung der Anforderungen aus § 15 Abs. 2 NDAV

Der Netzbetreiber ist auch nach der Inbetriebsetzung berechtigt, die Sicherheit der Anlage zu überprüfen, § 15 Abs. 1 S. 1 NDAV. Dabei muss er den Betreiber auf Sicherheitsmängel aufmerksam machen und kann die Beseitigung fordern, § 15 Abs. 1 S. 2 NDAV. Bestehen Mängel, die die Sicherheit gefährden oder Störungen erwarten lassen, ist der Netzbetreiber berechtigt, die Anschlussnutzung zu unterbrechen, bei Gefahr für Leib oder Leben ist er dazu sogar verpflichtet, § 15 Abs. 2 NDAV.

Daraus folgt, dass der Betrieb von Bestandsanlagen unzulässig wird, wenn von diesen eine Gefahr ausgeht. Geht im Einzelfall von der Anlage eine Gefahr aus, so ist diese zu modernisieren, § 15 Abs. 1 S. 2 NDAV, bzw. von dem Netz zu nehmen, § 15 Abs. 2 NDAV.

3) Zwischenergebnis

Der in § 13 Abs. 2 Satz 1 und Satz 4 NDAV geforderte Stand der Technik für Geräte des Letztverbrauchers ist demnach nicht mit den zu erfüllenden technischen Vorgaben der Richtlinie 2009/142/EG, ProdSG, 7. ProdSV gleichzusetzen. Allein bei der Errichtung, der Erweiterung, der Änderung und der Instandhaltung müssen verwendete Materialien, sofern für diese eine CE-Kennzeichnung vorgeschrieben ist, die Anforderungen der Richtlinie 2009/142/EG, des ProdSG und der ProdSV einhalten. Eine versteckte Modernisierungspflicht für Bestandsanlagen folgt aus § 13 NDAV jedoch nicht.

Eine absolute Grenze für die Zulässigkeit des Betriebs von Altanlagen enthält aber § 15 NDAV: Sofern eine Anlage eine Gefahr für Leib und Leben darstellt, muss diese modernisiert oder vom Netz genommen werden. Der Netzbetreiber kann auch bei einer darunter bleibenden Gefahr für die Sicherheit oder die Funktionsfähigkeit des Netzes entsprechende Maßnahmen durchsetzen.

B. Relevanz von Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen zur Energieeffizienz und zum Naturschutz

Zu untersuchen ist im Folgenden, ob Gasbeleuchtungsanlagen oder Teile hiervon Vorgaben zur Energieeffizienz oder dem Umweltschutz unterliegen. Solche Vorgaben könnten sich dabei sowohl aus dem ProdSG i.V.m. der 7. ProdSV und der Richtlinie 2009/142/EG (unter I.) sowie dem EVPG i.V.m. (unter II.) ergeben.

I. Anforderungen aus dem ProdSG, der 7. ProdSV und der Richtlinie 2009/142/EG

Nach § 3 Abs. 1 ProdSG

§ 2 der 7. ProdSV dürfen Geräte und Ausrüstungen nur auf dem Markt bereitgestellt werden, wenn sie den grundlegenden Anforderungen nach Anhang I der Richtlinie 2009/142/EG entsprechen.

Gemäß Ziffer 3.5. dieses Anhangs ist

„das Gerät [...] so herzustellen, dass unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte eine rationelle Energienutzung gewährleistet ist, die dem derzeitigen Stand der Technik entspricht.“

Diese Vorgabe gilt allerdings nur, soweit Gasbeleuchtungsanlagen oder Teile hiervon überhaupt den Vorgaben der 7. ProdSV unterliegen. Dies ist nur bei neuen Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteilen der Fall.

Soweit dies der Fall ist, präzisieren insbesondere die im DVGW Arbeitsblatt G 600 (Technische Regeln für Gas-Installationen, DVGW-TRGI 2008) aufgestellten technischen Regeln für Gasinstallationen den maßgeblichen Stand der Technik.

II. Anforderungen aus dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz i.V.m. der Richtlinie 2009/125/EG und der Verordnung Nr. 245/09 (EG)

Produktbezogene Anforderungen zur Energieeffizienz und zum Umweltschutz könnten sich aus dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) i.V.m. der „Ökodesign-Richtlinie“ 125/2009/EG und der Verordnung Nr. 245/09 ergeben.

Ziel der Richtlinie ist die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Verringerung der Umweltauswirkungen von energieverbrauchsrelevanten Produkten.³² Die Richtlinie schafft dabei den Rahmen für die Anforderungen. Für Produktgruppen, die ein erhebliches Vertriebs- und Handelsvolumen, erhebliche Umweltauswirkungen und ein erhebliches Potential für Verbesserungen ihrer Umweltauswirkungen ohne hohe Kosten aufweisen, werden konkrete Anforderungen in Verordnungen festgesetzt. Die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht ist durch das „Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte“ (EVPG) erfolgt.

³² Vgl. vgl. Art. 1 Abs. 2 Richtlinie 2009/125/EG.

1) **Energieverbrauchsrelevantes Produkt**

Ein energieverbrauchsrelevantes Produkt ist nach der Legaldefinition in § 2 Abs. 1 EVPG ein Gegenstand, dessen Nutzung den Verbrauch von Energie beeinflusst und der in Verkehr gebracht und in Betrieb genommen wird, wozu auch Produktteile, die zum Einbau in energieverbrauchsrelevante Produkte bestimmt sind, gehören. Der Anwendungsbereich wurde gegenüber dem Vorgängergesetz, das ein energieverbrauchendes Produkt voraussetzte, erweitert. Ausreichend ist nun, dass das Produkt irgendeinen Einfluss auf den Energieverbrauch hat.

Die Gasbeleuchtungsanlage verbraucht Energie in Form von Gas und ist somit erfasst.

2) **Anwendbarkeit einer Durchführungsvorschrift**

Die konkreten Anforderungen an die Gestaltung von energieverbrauchsrelevanten Produkten ergeben sich aus der jeweiligen zur Durchführung der Ökodesign-Richtlinie erlassenen Verordnung, soweit die Produktgruppe von einer solchen Verordnung erfasst ist.

Für die Gasbeleuchtungsanlagen kommt allein die Verordnung Nr. 245/2009(EG) in Betracht, die sich auf die umweltgerechte Gestaltung von Leuchtstofflampen bezieht. Die Verordnung stellt konkrete Anforderungen hinsichtlich der Energieeffizienz sowie zu der Lichtverschmutzung und dem Abfalllicht auf, Anhang II der Verordnung Nr. 245/2009(EG).

Zu prüfen ist zunächst, ob der Anwendungsbereich der Verordnung Gasbeleuchtungsanlagen umfasst. Die Verordnung erfasst gemäß ihrem Artikel 3

- Leuchtstofflampen ohne eingebautes Vorschaltgerät,
- Hochdruckentladungslampen sowie
- Vorschaltgeräte und Leuchten.

Gasbeleuchtungsanlagen entsprechen keinem dieser Typen und sind daher nicht von der Verordnung Nr. 245/2009 erfasst.

3) **Unverbindliche Referenzwerte**

Die Verordnung (EG) Nr. 245/09 enthält in der Anlage VII unverbindliche Referenzwerte für die Straßenbeleuchtung. Diese geben die beste, zur Zeit der Verabschiedung der Verordnung auf dem Markt verfügbare Technik wieder.

III. Zwischenergebnis

Neue Gasbeleuchtungsanlagen und Bauteile müssen die Vorgaben zur Energieeffizienz aus Anhang I, Punkt 3.5 der Richtlinie 2009/142/EG einhalten. Zusätzliche Anforderungen für Gasbeleuchtungsanlagen oder Bauteile ergeben sich aus dem EVPG, der Richtlinie 2009/125/EG und der Verordnung (EG) Nr. 245/09 nicht.

C. Auswirkungen von Modernisierungsmaßnahmen auf die Denkmaleigenschaft

Im Folgenden wird die Frage 2.3 gutachterlich beantwortet, die sich auf die Auswirkungen von Modernisierungsmaßnahmen auf die Denkmaleigenschaft bezieht. Dabei wird zunächst die denkmalschutzrechtliche Zulässigkeit von Modernisierungsmaßnahmen geklärt (siehe dazu I.) und im Anschluss die Zulässigkeit von Modernisierungsmaßnahmen im Bereich einer Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB (siehe dazu II.).

I. Denkmalschutzrechtliche Zulässigkeit von Modernisierungsmaßnahmen

Zu prüfen ist, ob für die Gasbeleuchtungsanlagen ein Denkmalschutz besteht (siehe 1)) und unter welchen Voraussetzungen Modernisierungsmaßnahmen zulässig sind (siehe 2)).

1) Besteht ein denkmalschutzrechtlicher Schutz für die Gasbeleuchtungsanlagen in Düsseldorf?

Vorab zu klären ist die Frage, ob der Düsseldorfer Bestand an Gasbeleuchtungsanlagen vom nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) erfasst ist und durch dieses speziell geschützt ist.

Nach dem Denkmalschutzgesetz NRW hat die Eintragung in die Denkmalliste eine konstitutive Wirkung. Das heißt, unabhängig von dem Denkmalwert eines Objektes wird die Denkmaleigenschaft nach § 3 Abs. 1 S. 2 DSchG NRW erst durch die Eintragung in die Denkmalliste begründet. Die Eintragung kann von Amts wegen oder auf Antrag des Eigentümers oder des Landschaftsverbandes erfolgen, § 3 Abs. 2 Satz 1 DSchG NRW.

Derzeit ist allein die Gasbeleuchtungsanlage im Hofgarten auf der Denkmalliste enthalten und somit nach den Vorschriften des DSchG geschützt. Die im übrigen Stadtgebiet befindlichen Gasbeleuchtungsanlagen unterfallen daher nicht dem Anwendungsbereich des Denkmalschutzgesetzes NRW.

2) Denkmalschutzrechtliche Zulässigkeit von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz

Maßnahmen an denkmalgeschützten Objekten, die diese verändern, bedürfen nach § 9 Abs. 1 DSchG NRW der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde. Erfordert die Maßnahme nach anderen Vorschriften eine Planfeststellung, Genehmigung, Erlaubnis, Bewilligung, Zulassung oder Zustimmung, erfolgt die Prüfung der denkmalschutzrechtlichen Zulässigkeit in diesem Rahmen, § 9 Abs. 3 DSchG NRW. Die Rechtsprechung hat dabei geringe Anforderungen an das für eine Genehmigungspflicht notwendige Maß der Veränderung gestellt, um eine effektive Kontrolle durch die Behörde zu gewährleisten.³³

Die Genehmigungsvoraussetzungen finden sich in § 9 Abs. 2 DSchG NRW. Danach muss die Erlaubnis erteilt werden, wenn Belange des Denkmalschutzes nicht entgegenstehen. Dies ist anhand einer Abwägung der für und gegen die Veränderung sprechenden Gründe zu beurteilen.³⁴ Dies ergibt sich aus der zweistufigen Schutzsystematik des Denkmalschutzgesetzes. Durch die Unterschutzstellung nach § 3 DSchG soll zunächst eine umfangreiche Kontrolle der zuständigen Behörde erreicht werden. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 7 ff. soll dann ein einzelfallbezogener Ausgleich hergestellt werden.

In einem ersten Schritt sind daher die Belange des Denkmalschutzes zu ermitteln. Diese sind weder gesetzlich normiert, noch hat die Rechtsprechung sie abstrakt benannt. Vielmehr müssen diese aus dem konkreten Einzelfall heraus bestimmt werden.³⁵ Die Gründe des Denkmalschutzes stellen dabei diejenigen Gründe dar, die für die Unterschutzstellung entscheidend waren,³⁶ bzw. die Gründe, die für eine Unterschutzstellung gegeben sind.³⁷

Folgerichtig stellt die Rechtsprechung daher zunächst auf die in der Denkmalliste gemachten Ausführungen ab.³⁸ Ergänzend müssen andere Quellen herangezogen werden, sofern die Denkmalliste über die Schutzgründe nicht genügend Auskunft gibt.³⁹ Bezogen auf die Gasbeleuchtungsanlagen im Hofgarten sind daher neben der Eintragung in die Denkmalliste auch die Stellungnahmen der unteren Denkmalbehörde sowie des LVR zur Bestimmung der denkmalschützerischen Belange

³³ Viebrock, in: Martin/Krautzberger, Denkmalschutz und Denkmalpflege, 3. Aufl. 2010, Teil E, Rn. 119.

³⁴ OVG NRW, Urt. v. 4.12.1991, Az. 7 A 113/90.

³⁵ OVG NRW, Urt. v. 23.9.2013, Az. 10 A 971/12; Beschluss vom 02.10.2002, Az. 8 A 5546/00.

³⁶ OVG NRW, Beschluss vom 02.10.2002, Az. 8 A 5546/00.

³⁷ OVG NRW, Urt. v. 23.9.2013, Az. 10 A 971/12.

³⁸ OVG NRW, Beschluss vom 02.10.2002, Az. 8 A 5546/00; Urt. v. 23.09.2013, Az. 10 A 971/12.

³⁹ Vgl. OVG NRW, Urt. v. 23.9.2013, Az. 10 A 971/12.

heranzuziehen. Während der Eintrag in der Denkmalliste lediglich rudimentäre Aussagen zur Geschichte der Gasbeleuchtungsanlage trifft und im Übrigen lediglich feststellt, dass die Gasbeleuchtungsanlagen als Technikdenkmal in den Schutz des Hofgartens einbezogen sind, finden sich in den genannten Stellungnahmen konkrete Gründe für den Denkmalwert der Gasbeleuchtung. Die städtische Gasbeleuchtung Düsseldorfs wird darin als insbesondere stadtentwicklungs- und technikgeschichtlich relevant eingestuft. Besonders hervorgehoben wird in beiden Stellungnahmen die Wichtigkeit der Beleuchtungsqualität, bzw. der Lichtfarbe der Gasbeleuchtung für die Wahrnehmung des Denkmals. Die spezielle Erfahrung der Gasbeleuchtung für den Betrachter soll demnach bewahrt werden. Belange des Denkmalschutzes sind folglich sowohl die optische Gestaltung und die Beleuchtungstechnik, insbesondere aber die spezifische Beleuchtungsqualität der Gasbeleuchtung. Übergeordnetes Schutzziel scheint der Erhalt der Lichtfarbe und der Leuchtintensität der Beleuchtungsanlage zu sein.⁴⁰

Im zweiten Schritt ist für jede konkrete Maßnahme zu ermitteln, ob und inwieweit dadurch die Schutzzwecke des DSchG bezogen auf das konkrete Denkmal gestört oder vereitelt werden könnten.⁴¹ Dies erfolgt im Rahmen einer Abwägung. Dabei reicht eine geringfügige Beeinträchtigung denkmalschützerischer Belange jedenfalls nicht aus. Die Gründe des Denkmalschutzes müssen vielmehr ein stärkeres Gewicht als die Gründe für die Veränderung haben.⁴² Eine museumsartige Konser-
vation des Denkmals bezweckt das Denkmalschutzgesetz dabei nicht.⁴³ § 9 DSchG verfolgt das Ziel, im Rahmen des denkmalrechtlich Zulässigen eine flexible, profitable und zeitgerechte Nutzung des Denkmals zu ermöglichen.⁴⁴ Im Vordergrund steht dabei das in § 8 Abs. 1 DSchG festgeschriebene Ziel, eine denkmalwerte Substanz möglichst dauerhaft zu erhalten.⁴⁵

Im Interesse des Eigentümers liegt es, durch verschiedene Modernisierungsmaßnahmen eine längerfristige und zeitgemäße Nutzung der Beleuchtungsanlagen zu ermöglichen. Der Weiterbetrieb mittels Gasbeleuchtung erschwert die Wartung der Beleuchtungsanlage. Da Ersatzteile nur noch auf dem Gebrauchtmart erhältlich sind, ist die weitere Verfügbarkeit von Ersatzteilen ungewiss.

⁴⁰ Dies wird besonders deutlich durch die Aussage der unteren Denkmalbehörde, dass im Falle eines notwendigen Austausches des Leuchtmittels darauf zu achten ist, „Lichtfarbe und Leuchtintensität des Gaslichts wiederholt werden, um den Charakter des Denkmalbereichs auch in der Nacht zu bewahren.“

⁴¹ OVG NRW, Urt. v. 23.9.2013, Az. 10 A 971/12; Beschluss vom 02.10.2002, Az. 8 A 5546/00.

⁴² OVG NRW, Urt. v. 23.9.2013, Az. 10 A 971/12; Beschluss vom 02.10.2002, Az. 8 A 5546/00.

⁴³ Vgl. Moench/Otting: Die Entwicklung des Denkmalschutzrechts (Teil 2) - Rechtsfolgen und Konsequenzen der Denkmaleigenschaft in: NVwZ 2000, 515.

⁴⁴ OVG NRW, Urt. v. 23.9.2013, Az. 10 A 971/12.

⁴⁵ OVG NRW, Urt. v. 23.9.2013, Az. 10 A 971/12; Beschluss vom 02.10.2002, Az. 8 A 5546/00.

Hinzu kommt eine hohe Störanfälligkeit der Gasbeleuchtungsanlagen. Eine Umrüstung auf LED-Lampen könnte zudem die Energieeffizienz deutlich erhöhen. Neben der Kostensenkung würde dies zu einer Verbesserung der Umweltbilanz führen.

a) Modernisierungsmaßnahmen unter Beibehaltung der Gasbeleuchtung

Maßnahmen, die die grundsätzliche Betriebsweise der Beleuchtungsanlage und insbesondere den Betrieb mittels Gas unberührt lassen, dürften nach § 9 Abs. 1 DSchG zulässig sein. Die oben dargestellten Belange des Denkmalschutzes werden dadurch wohl nicht erheblich berührt. Derartige Veränderungen, wie z. B. der Einbau eines elektrischen Zünders, die Veränderung der Gaszufuhr oder die Instandsetzung unter Verwendung abweichender Einzelteile sind von außen wenig bis überhaupt nicht sichtbar, betreffen die Funktionsweise nur marginal und wirken sich nicht auf die Lichtqualität aus. Dafür sorgen sie für eine Verlängerung der Lebensdauer und ermöglichen so eine längerfristige Weiternutzung der Gaslampen. Dadurch wirken sie sich positiv auf die übergeordneten Ziele des Denkmalschutzrechts – die Nutzung und dauerhafte Erhaltung schützenswerter Substanz – aus. Die Bewahrung möglichst originaler Substanz muss im Rahmen der Interessenabwägung in diesem Falle zurückstehen.

b) Modernisierungsmaßnahmen mit Änderung der Beleuchtungsart

Wesentlich problematischer, aber im Ergebnis wohl dennoch zulässig, ist die Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen, wenn damit eine Abkehr von dem Betrieb mittels Gas verbunden ist. Dies folgt aus der Abwägung zwischen den Erhaltungsinteressen und den für eine Veränderung sprechenden Gründen.

Die oben dargestellten Belange des Denkmalschutzes müssen im Rahmen einer Abwägung mit den Interessen des Eigentümers in Einklang gebracht werden, um den Zielen des Denkmalschutzrechts weitestgehend Geltung zu verschaffen. Dabei spricht vieles dafür, dass eine Umrüstung jedenfalls dann zulässig ist, wenn dabei die optische Wahrnehmung durch den Betrachter nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Langfristig gesehen können die Gasbeleuchtungsanlagen in ihrer Substanz und optischen Wirkung bestmöglich geschützt werden, wenn sie auf moderne Leuchtmittel umgerüstet werden. Aufgrund der aufgeführten Ersatzteilproblematik erscheint eine dauerhafte Nutzung im ursprünglichen Zustand kaum möglich. Zudem ist die Landeshauptstadt Düsseldorf bereits jetzt auf eine zuverlässige Nutzung zur Erfüllung ihrer Straßenverkehrssicherungspflicht angewiesen.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen der Abwägung zudem das ökologische Interesse an einer Modernisierung und der damit verbundenen Verbesserung der Energieeffizienz und des CO₂-Ausstoßes.

Da das Denkmalschutzrecht nicht die Konservierung nach Art eines Museums, sondern die zeitgemäße Nutzung von Denkmälern anstrebt, muss das Interesse an der Bewahrung des originalen Zustandes zur Sicherung der dauerhaften Nutzung und weitgehenden Erhaltung jedenfalls dann gegenüber dem Modernisierungsinteresse zurücktreten, wenn sich dadurch die optische Wahrnehmung durch den Betrachter kaum ändert.

II. Zulässigkeit von Modernisierungsmaßnahmen an Gasbeleuchtungsanlagen in Erhaltungsgebieten nach § 172 BauGB

Gemäß § 172 BauGB kann die Gemeinde mittels Satzung Gebiete festlegen, in denen der Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen von der Gemeinde genehmigt werden muss.⁴⁶ Eine solche Satzung kann zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart, zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung oder bei städtebaulichen Umstrukturierungen erlassen werden.

1) Genehmigungserfordernis

Eine Genehmigungspflicht für die Umrüstung der Gasbeleuchtungsanlagen auf LED-Lampen kommt nur in Erhaltungsgebieten zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart in Betracht. Zwar geht die Rechtsprechung von einem weiten Genehmigungsvorbehalt aus, um eine effektive Kontrolle zu ermöglichen.⁴⁷ Erfasst sind daher alle Änderungen, die sich auf das einschlägige Erhaltungsziel auswirken können.⁴⁸ Die Modernisierung der Straßenbeleuchtung ist jedoch für die Wohnzusammensetzung in einem Gebiet ohne Relevanz und kann die Schutzziele einer Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung von vornherein nicht beeinträchtigen.

⁴⁶ § 172 BauGB entspricht dem früheren § 39h BBauGB. Erhaltungssatzungen nach § 39h BBauGB sind noch immer gültig. Auf die dadurch festgesetzten Erhaltungsgebiete sind jetzt §§ 172 ff. BauGB anzuwenden.

⁴⁷ Stock, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, 115. Ergänzungslieferung 2014, (EZKB) § 172, Rn. 106.

⁴⁸ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 101a.

Eine genehmigungspflichtige Änderung liegt nur dann vor, wenn zugleich ein Eingriff in die Bausubstanz vorliegt. Dabei ist es unerheblich, ob die innere oder äußere Substanz der Anlage betroffen ist.⁴⁹

Nicht erfasst wird jedoch eine Änderung der Innenausstattung ohne eine bauliche Änderung.⁵⁰ Für Straßenbeleuchtungsanlagen dürfte daher gelten, dass die Modernisierung von leicht austauschbaren Einzelteilen keine genehmigungspflichtige Änderung in diesem Sinne darstellt.

Ebenfalls nicht genehmigungspflichtig sind Maßnahmen, die nur der Instandhaltung oder der Instandsetzung der baulichen Anlage dienen.⁵¹ Genehmigungsbedürftig sind somit allein solche Modernisierungsmaßnahmen, die die Substanz der Gasbeleuchtungsanlagen berühren und nicht lediglich der Instandhaltung oder Instandsetzung dienen. Eine Umrüstung der Leuchttechnik dürfte jedoch die Substanz der Gasbeleuchtungsanlagen betreffen und bedürfte somit der Genehmigung durch die Gemeinde.

2) Versagungsgründe

Die Kommune muss die Genehmigung erteilen, wenn nicht einer der Versagungsgründe aus § 172 Abs. 3 BauGB einschlägig ist. Für Anlagen im Gebiet einer Satzung zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes nach § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB sind die Versagungsgründe in § 172 Abs. 3 BauGB geregelt.

Versagungsgründe sind die Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt (§ 172 Abs. 3 S. 1, 1. Alt.) sowie die Erhaltung städtebaulich bedeutsamer baulicher Anlagen (§ 172 Abs. 3 S. 1, 2. Alt.). Die zweite Alternative ist subsidiär und nur dann heranzuziehen, wenn die bauliche Anlage für die Umgebung nicht prägend ist.⁵²

Vorrangig zu prüfen ist daher § 172 Abs. 3 S. 1 Alt. 1 BauGB. Dieser setzt zunächst voraus, dass die bauliche Anlage – allein oder in Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen – das Ortsbild, die Stadtgestalt oder das Landschaftsbild prägt.⁵³ Dabei kommt es hauptsächlich auf die optische Wirkung der Anlage an. Die Anlage muss den Bereich nicht nur unwesentlich gestalterisch beeinflussen.⁵⁴ Dies ist der

⁴⁹ Mitschang, in: Battis/Krautzberger/Löhr, Baugesetzbuch, 12. Aufl. 2014, § 172, Rn. 6.

⁵⁰ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 105.

⁵¹ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 106; Oehmen, in: Beck'scher Online-Kommentar BauGB, Spannowsky/Uechtritz, 29. Edition, Stand: 01.04.2015, § 172, Rn. 4.

⁵² Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 160.

⁵³ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 29.

⁵⁴ Mitschang, in: Battis/Krautzberger/Löhr, § 172, Rn. 41; Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 154.

Fall, wenn sie einen bestimmenden Charakter für die Umgebung hat, bzw. das Erscheinungsbild oder die -struktur maßgeblich beeinflusst.⁵⁵

Die Denkmalschutzbehörde betont in ihrer Stellungnahme die optische Wirkung der Gasbeleuchtungsanlage und spricht von der engen Verknüpfung mit der Entwicklung der Gründerzeit. Die Gasbeleuchtungsanlagen dürften somit, zumindest in ihrer Gesamtheit, die Umgebung prägen.

Weiter setzt § 172 Abs. 3 Halbsatz 1 BauGB voraus, dass die Änderung das Erhaltungsziel beeinträchtigt.⁵⁶ In Abgrenzung zum Denkmalschutzrecht geht es bei einer Erhaltungssatzung um die städtebauliche Gestalt und nicht um die Erhaltung von Bauwerken zum Zwecke der Dokumentation.⁵⁷ Das vorgefundene Erscheinungsbild eines Quartiers soll durch die Erhaltung der baulichen Substanz gewahrt werden.⁵⁸

Nach diesem Maßstab beeinträchtigt die Modernisierung der Gasbeleuchtungsanlagen auch dann nicht das Erhaltungsziel, wenn die Leuchttechnik ausgetauscht wird. Dies gilt jedenfalls, wenn die spezifische Lichtqualität der Gasbeleuchtungsanlagen nachgeahmt wird und so das Erscheinungsbild auch bei Nacht erhalten bleibt.

III. Zwischenergebnis

Der Modernisierung von Gasbeleuchtungsanlagen dürften weder Vorgaben des Denkmalschutzrechts noch Vorgaben der Erhaltungsgebiete entgegenstehen.

D. Vorgaben zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten aus §§ 17 ff. Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG – NRW)⁵⁹

Im Folgenden werden die Fragen 4.1 bis 4.3 gutachterlich beantwortet. Diese beziehen sich auf die Anforderungen von § 17 TVgG NRW für die Beschaffung von Glühkörpern/Glühstrümpfen sowie die Verwendung von unter Verstoß gegen § 17TVgG NRW beschafften Produkten.

⁵⁵ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 154.

⁵⁶ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 146.

⁵⁷ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 31.

⁵⁸ Stock, in: EZKB, § 172, Rn. 146.

⁵⁹ Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG - NRW) Vom 10. Januar 2012, GV. NRW. S. 17, in Kraft getreten am 1. Mai 2012.

Bezüglich der Berücksichtigung von Aspekten der Produktsicherheit ist bereits vorab festzustellen, dass diese von dem TVgG NRW nicht erfasst sind. Es ergeben sich insoweit folglich keine zusätzlichen Anforderungen aus § 17 TVgG. Hinsichtlich der Zulässigkeit der Beschaffung von Glühkörpern, bzw. Glühstrümpfen ohne CE-Kennzeichnung wird auf die Ausführungen unter Teil 3 A. verwiesen.

I. Vorgaben von § 17 TVgG an das Vergabeverfahren

Nach § 17 Abs. 1 TVgG NRW müssen öffentliche Auftraggeber Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigen. Als Auftraggeber kommen hinsichtlich der Beschaffung von Glühkörpern und sonstigen Bauteilen die Stadtwerke Düsseldorf und die Landeshauptstadt Düsseldorf in Betracht.

Diese Vorgabe gilt nach § 2 Abs. 5 TVgG NRW auch bei Vergabeverfahren, die den jeweiligen Schwellenwert nicht erreichen (sogenannte unterschwellige Vergabeverfahren).

Die Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz muss der Auftraggeber grundsätzlich in allen Phasen des Vergabeverfahrens berücksichtigen. Die konkreten Anforderungen ergeben sich aus einem Zusammenspiel⁶⁰ von § 17 TVgG NRW, der Verordnung Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (RVO TVgG NRW)⁶¹, sowie § 4 Vergabeverordnung (VgV)⁶².

Die Vorgaben enthalten allerdings keine konkreten Anforderungen hinsichtlich des Beschaffungsobjektes. Insbesondere besteht keine Verpflichtung zur Beschaffung konkreter, energiesparender Produkte. Dies entspricht dem Grundprinzip des Vergaberechts, das allein das Beschaffungsverfahren, nicht jedoch den Beschaffungsgegenstand regelt.⁶³ Dem Erwerb von Glühstrümpfen oder der Ersatzbeschaffung von Gasbeleuchtungsanlagen stehen die Vorgaben des TVgG NRW da-

⁶⁰ Nach § 7 Abs. 1 RVO TVgG NRW folgt hinsichtlich der Energieeffizienz aus der Formulierung „*Kriterien des Umweltschutzes und der Energieeffizienz zu berücksichtigen*“, dass die Vorgaben aus der Vergabeverordnung grundsätzlich zu berücksichtigen sind.

⁶¹ Verordnung zur Regelung von Verfahrensanforderungen in den Bereichen umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung, Berücksichtigung sozialer Kriterien und Frauenförderung sowie Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Anwendung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (Verordnung Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - RVO TVgG NRW), in der Fassung vom 20. November 2009 (BAnz. Nr. 196a vom 29. Dezember 2009, ber. BAnz. Nr. 32 vom 26. Februar 2010, S. 755).

⁶² Vergabeverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2003 (BGBl. I S. 169), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3854) geändert worden ist.

⁶³ Vgl. *Dörr*, in: Dreher/Motzke, Beck'scher Vergaberechtskommentar, 2. Aufl. 2013, § 97 GWB, Rn. 1 ff.

her nicht entgegen. Ebenso wenig begründet § 17 TVgG die Pflicht zur Einholung eines Nachweises über die Einhaltung bestimmter Energieeffizienz- und Umweltkriterien. Die Auswahl der zu beschaffenden Produkte wird folglich ebenso wenig eingeschränkt wie die Möglichkeit der Verwendung des derzeitigen Bestandes.

Im Einzelnen bestehen für Vergabeverfahren der Stadtwerke Düsseldorf und der Landeshauptstadt Düsseldorf (öffentliche Auftraggeber nach § 98 Nr. 1 bzw. Nr. 2 GWB, § 2 Abs. 4 TVgG NRW) zur Beschaffung von Glühkörpern, bzw. Glühstrümpfen nach § 17 TVgG NRW die folgenden Anforderungen hinsichtlich der Berücksichtigung von Aspekten des Umweltschutzes und der Energieeffizienz:

1) Vorgaben an die Bedarfsanalyse

Im Rahmen der einer Beschaffungsmaßnahme vorangestellten Bedarfsanalyse soll der Aspekt einer umweltfreundlichen und energieeffizienten Systemlösung von dem Auftraggeber geprüft werden, § 17 Abs. 3 TVgG NRW. Nach § 8 RVO TVgG NRW ist darunter „die Prüfung von verschiedenen Beschaffungsalternativen zur Erreichung der Bedarfsdeckung beim öffentlichen Auftraggeber“ zu verstehen.

Entgegen früherer Fassungen des Gesetzesentwurfes ist nach der in das Gesetz aufgenommenen Fassung des § 17 Abs. 3 TVgG NRW selbst der Prüfungsvorgang nicht verpflichtend. Keinesfalls lässt sich also aus § 17 Abs. 3 TVgG NRW die Pflicht, eine andere Systemlösung zu wählen, ableiten. § 17 Abs. 3 TVgG NRW steht der Beschaffung von Glühkörpern, bzw. Glühstrümpfen für Gasbeleuchtungsanlagen somit nicht entgegen.

Sofern die Stadtwerke Düsseldorf eine Prüfung im Rahmen der Bedarfsanalyse vornimmt, ist die Entscheidung für eine Umstellung auf wirtschaftlichere Systemlösungen mit elektrischem Betrieb stets zulässig, aber keinesfalls verpflichtend. Der Auftraggeber kann den Auftragsgegenstand grundsätzlich selbst bestimmen. Er soll lediglich zur Prüfung von energieeffizienteren und umweltfreundlicheren Alternativen angehalten werden.

Wenn lediglich Glühkörper ausgetauscht werden sollen, kann die Umrüstung der gesamten Anlage daher - unter bewusster Rückstellung der Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz – zur Vermeidung des mit der Umrüstung verbundenen organisatorischen Aufwands ermessensfehlerfrei abgelehnt werden.

Ist aufgrund einer Beschädigung der Austausch einer kompletten Gasleuchte erforderlich, steht dem Auftraggeber ein weites Ermessen zu. Er kann wählen, ob er unter dem Aspekt des Umweltschutzes und der Energieeffizienz die Leuchte umrüstet oder ob er, um eine einheitliche Betriebsart bei der Gesamtanlage fortzuführen, die Gasbeleuchtungsanlage wiederherstellt.

2) Vorgaben an die Leistungsbeschreibung

Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz sind innerhalb der Leistungsbeschreibung zu berücksichtigen. Es soll grundsätzlich das höchste Leistungsniveau an Energieeffizienz gefordert werden, § 17 Abs. 1 TVgG NRW i.V.m. § 6 Abs. 2 RVO TVgG NRW i.V.m. § 4 Abs. 5 Nr. 1 VgV.

Es ist daher grundsätzlich bei der Auswahl des Leistungsgegenstandes die höchste auf dem Markt verfügbare Energieeffizienz (Energieverbrauch im Verhältnis zur Leistung) anzusetzen, § 6 Abs. 3 RVO TVgG NRW. Eine bestimmte Energieeffizienzkategorie ist allerdings nur dann anzugeben, wenn der Beschaffungsgegenstand von der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung erfasst ist, was bei Glühkörpern, bzw. Glühstrümpfen nicht der Fall ist.

Ein konkreter Energieeffizienzlevel ist dann anzugeben, wenn dieser bekannt oder leicht zu ermitteln ist. Für den Auftraggeber würde es zu enormen praktischen Schwierigkeiten führen, wenn stets ein bestimmtes Energieeffizienzniveau angegeben werden müsste. Um festzustellen, welches maximale Energieeffizienzniveau der Markt anbietet, müsste der Ausschreibung regelmäßig eine Markterkundung vorausgehen, wobei unter Umständen sogar ein Sachverständigengutachten notwendig wäre.⁶⁴ Da § 17 Abs. 1 TVgG lediglich eine Soll-Vorschrift darstellt müssen lediglich leicht zugängliche Energieeffizienzdaten als Mindestanforderung in die Leistungsbeschreibung aufgenommen werden. Fehlt es an diesen, so handelt der Auftraggeber nicht ermessensfehlerhaft, wenn er auf die Aufnahme solcher Daten verzichtet.⁶⁵

Die Stadtwerke Düsseldorf müssen daher in der Leistungsbeschreibung keine bestimmte Energieeffizienzkategorie für die Glühkörper bzw. Glühstrümpfe fordern. Da Daten zur Energieeffizienz von Glühkörpern, bzw. Glühstrümpfen wohl regelmäßig nicht leicht zugänglich sind, müssen diesbezüglich auch keine konkreten Vorgaben in die Leistungsbeschreibung aufgenommen werden. Die Stadtwerke Düsseldorf sind aber dazu verpflichtet, von den Bietern konkrete Angaben zum Energiever-

⁶⁴ Michael Winnes, in: Pünder/Schellenberg, Vergaberecht, 2. Aufl. 2015, § 4 VgV, Rn. 26.

⁶⁵ Michael Winnes, in: Pünder/Schellenberg, Vergaberecht, 2. Aufl. 2015, § 4 VgV, Rn. 26.

brauch der Glühkörper, bzw. Glühstrümpfe zu fordern, welche dann im Rahmen der Auswertung berücksichtigt werden, § 17 TVgG NRW i.V.m. § 6 Abs. 1 RVO TVgG NRW, § 4 Abs. 5 VgV (siehe dazu die nachfolgenden Ausführungen).

3) Anforderungen an die Auswertung

Die Stadtwerke Düsseldorf müssen als Auftraggeber die Vorgaben der Energieeffizienz bei der Wertung der Angebote angemessen berücksichtigen, § 17 Abs. 1, § 2 Abs. 5 TVgG NRW, § 9 Abs. 1 RVO TVgG NRW i.V.m. § 4 Abs. 6b VgV.

Zum einen sollen als Preis grundsätzlich die Lebenszykluskosten herangezogen werden, so dass neben dem Anschaffungspreis auch die Betriebs- und Entsorgungskosten zu berücksichtigen sind, § 7 RVO TVgG. Darüber hinaus müssen die Stadtwerke Düsseldorf bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots nach § 17 Abs. 7 und 8 TVgG NRW Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz berücksichtigen, wobei sie jedoch weiterhin die allgemeinen Grundsätze für die Zuschlagserteilung berücksichtigen müssen.⁶⁶

Wenn strenge Vorgaben im Rahmen der Leistungsbeschreibung fehlen, soll der Energieverbrauch in der Angebotswertung stärker gewichtet werden, § 9 Abs. 2 RVO TVgG NRW. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz insgesamt in dem Beschaffungsvorgang angemessen berücksichtigt werden. Die Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz sind – aufgrund der dargestellten Schwierigkeiten, im Rahmen der Leistungsbeschreibung konkrete Vorgaben zu machen – von den Stadtwerken Düsseldorf vorrangig auf dieser Stufe zu berücksichtigen. Dies wird jedoch dadurch eingeschränkt, dass dies nur die Auswahl zwischen verschiedenen Angeboten über die Lieferung von Glühkörpern, bzw. Glühstrümpfen betrifft.

II. Zwischenergebnis

Das TVgG soll öffentlichen Auftraggebern, hier also der Stadtwerke Düsseldorf, die Möglichkeit verschaffen, vergabefremde Aspekte wie die Energieeffizienz und den Umweltschutz im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen, ohne diesen dabei aber strenge, verbindliche Vorgaben zu machen. Da das Vergaberecht die Bestimmung des Leistungsgegenstandes nicht berührt, sind die Stadtwerke Düsseldorf insbesondere hier in Ihrer Entscheidung sehr frei. Daher

⁶⁶ Dünchheim, Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, Kurzkommentar, 1. Aufl. 2012, S. 58.

folgt aus § 17 TVgG keine Verpflichtung, die Straßenbeleuchtung auf energieeffizientere Systeme umzustellen.

Das TVgG verfolgt jedoch den Zweck, dass die öffentliche Hand ein positives Beispiel in Sachen Energieeffizienz und Umweltschutz setzt. Die möglichst umfassende Berücksichtigung dieser Aspekte im Rahmen der Vergabe sowie der vorgelagerten Bedarfsanalyse – also auch bei der Entscheidung, ob energieeffizientere Systeme vorzuziehen sind – ist im Sinne des Gesetzes und stets zulässig.

E. Pflicht zur Berücksichtigung der DIN 13201 bei Neubaumaßnahmen, Erneuerung oder wesentlicher Änderung von Verkehrsanlagen

Zu prüfen ist, ob aus dem Behindertengleichstellungsgesetz die Verpflichtung folgt, die DIN 13201 bei Neubaumaßnahmen, Erneuerungen oder der wesentlichen Änderung von Verkehrsanlagen zu berücksichtigen. Eine solche Pflicht könnte sich insbesondere aus § 8 BGG ergeben, wonach in den Bereichen Bau und Verkehr eine Barrierefreiheit hergestellt werden soll.

I. Anforderungen an zivile Neubauten des Bundes

Zu prüfen ist zunächst, ob die DIN 13201 nach § 8 Abs. 1 BGG bei Baumaßnahmen im Bereich von Verkehrsanlagen in Düsseldorf zu berücksichtigen ist. § 8 Abs. 1 BGG verweist auf die anerkannten Regeln der Technik, so dass bei Baumaßnahmen im Anwendungsbereich dieser Vorschrift die entsprechende DIN 13201 mittelbar eine rechtliche Verbindlichkeit zukommt.⁶⁷

Zu beachten ist aber der beschränkte Anwendungsbereich der Vorschrift. Sie bezieht sich allein auf Bauwerke des Bundes. Andere Anlagen sowie der öffentliche Straßenraum sind folglich nicht von dem Anwendungsbereich erfasst. Entsprechend der Reichweite der Bundeskompetenzen – sind allein Baumaßnahmen des Bundes erfasst. Baumaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen sind ebenso wenig betroffen wie Baumaßnahmen der Landeshauptstadt Düsseldorf. Insoweit sind lediglich die Anforderungen von LBauO NRW an die Barrierefreiheit zu beachten.⁶⁸

⁶⁷ Majerski-Pahlen, aaO., § 8 BGG, Rn. 8; BR-Drs. 928/01, S. 100; Schmidt-Aßmann, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, 73. Ergänzungslieferung 2014, Art. 19 Abs. 4, Rn. 204.

⁶⁸ Vgl. Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze, BT-Drs. 14/7420, S. 19; Majerski-Pahlen, in: Neumann/Pahlen/Majerski-Pahlen, SGB IX, 12. Auflage 2010, § 8 BGG, Rn. 8.

Nach § 55 LBauO NRW muss eine öffentlich zugängliche bauliche Anlage ohne fremde Hilfe erreicht und zweckentsprechend genutzt werden können. Die Einhaltung der einschlägigen DIN ist nicht erforderlich.

II. Anforderungen in den Bereichen Bau und Verkehr

Die Anforderungen an die barrierefreie Gestaltung im Rahmen sonstiger Baumaßnahmen sowie im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs, soweit dies einer Bundeskompetenz unterfällt, sind in § 8 Abs. 2 BGG geregelt. Verkehrsinfrastruktur und Beförderungsmittel im ÖPNV sollen dadurch barrierefrei werden.⁶⁹ Entsprechend verweist § 8 Abs. 2 S. 1 BGG für sonstige Anlagen auf andere bundesrechtliche Vorschriften.⁷⁰ Für Verkehrsanlagen ist insbesondere das Personenbeförderungsgesetz (PersBefG) relevant.

Das Personenbeförderungsgesetz verfolgt in § 8 Abs. 3 S. 3 den Ansatz, Barrierefreiheit über die Nahverkehrspläne zu erreichen. In den Nahverkehrsplänen sind daher die Belange behinderter Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen, eine vollständige Barrierefreiheit bis zum 01.01.2022 zu erreichen. Ausnahmen – die z. B. zulässig sind, wenn die Herstellung der Barrierefreiheit einer Haltestelle sinnlos ist, weil die Umgebung schon nicht barrierefrei ist⁷¹ – sind klar zu benennen und zu begründen.

Zur Definition der Barrierefreiheit i.S.d. Personenbeförderungsgesetzes muss auf die Legaldefinition in § 4 BGG zurückgegriffen werden.⁷² Mangels Verweis auf den aktuellen Stand der Technik erlangen allerdings die einschlägigen DIN keine Rechtsverbindlichkeit.

Nach § 4 BGG sind bauliche Anlagen barrierefrei,

„wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.“

⁶⁹ BT-Drs. 14/7420, S. 19; Majerski-Pahlen, aaO., § 8 BGG, Rn. 2.

⁷⁰ BR-Drs. 928/01, S. 101.

⁷¹ Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 17/8233 – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personenbeförderungrechtlicher Vorschriften, BT-Drs. 17/10857, S. 23.

⁷² Fielitz/Grätz, Personenbeförderungsgesetz, Stand: 69. Aktualisierung 2014, § 8, Rn. 14.

Es muss somit ein solches Beleuchtungsniveau erreicht werden, dass Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Verkehrsanlage durch behinderte Menschen gewährleistet ist. Auch sehbehinderte Menschen müssen ohne fremde Hilfe in das jeweilige Verkehrsmittel ein- und aussteigen können.

Die Anforderungen sind im Einzelfall zu bestimmen und hängen auch von der Gefährlichkeit der Verkehrsanlage und der Komplexität des Zugangs ab. Die DIN-Vorgaben sind dabei zwar nicht verpflichtend einzuhalten, bei ihrer Einhaltung ist aber wohl von einer ausreichenden Beleuchtung auszugehen.

Sind der Zugang und die Nutzbarkeit derzeit aufgrund des schlechten Beleuchtungsniveaus nicht gewährleistet, so soll in den Nahverkehrsplänen die Umgestaltung der Verkehrsanlage bis spätestens 01.01.2022 vorgesehen werden. Die Verpflichtung betrifft allerdings nicht die Umgebung der Haltestelle⁷³, da sich das Personenbeförderungsgesetz entsprechend der Bundeskompetenz aus Art. 74 Nr. 22, 23 GG⁷⁴ allein auf die Anlagen des ÖPNV bezieht. Auch dort sind die Belange von Menschen mit Behinderung oder Mobilitätsbeeinträchtigung mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Barrierefreiheit zu berücksichtigen, § 8 Abs. 2 StrWG. Zu beachten ist zudem, dass eine Förderung von Baumaßnahmen durch den Bund nach dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (GVFG) voraussetzt, dass das Vorhaben Belange behinderter Menschen und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitgehend entspricht, § 3 GVFG. Dabei ist der zuständige Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeirat zu hören, sofern vorhanden. Anderenfalls sind die Interessenverbände i. S. d. § 5 BGG zu hören. Dabei entspricht es der Verwaltungspraxis, die Zustimmung der Behindertenverbände einzuholen. In den Planungen wird regelmäßig die Herstellung einer der DIN 13201 entsprechende Beleuchtungssituation vorgesehen.

III. Zwischenergebnis

Die Landeshauptstadt Düsseldorf soll nach § 8 BGG weitestgehend barrierefrei werden. Zwar folgt daraus keine Pflicht zur Einhaltung der DIN 13201. Dennoch ist in dem BGG sowie in verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften⁷⁵ und dem Personenbeförderungsgesetz die Herstellung von Barrierefreiheit, zumindest als Soll-Vorgabe, vorgesehen.

⁷³ Vgl. BT-Drs. 17/10857, S. 23.

⁷⁴ Maunz, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, 73. Ergänzungslieferung 2014, Art. 74 GG, Rn. 243, 248.

⁷⁵ Vgl. unter anderem § 9 Abs. 2 S. 2 StrWG NRW, § 55 BauO NRW sowie das BGG NRW.

Maßstab ist dabei die Barrierefreiheit im Sinne von § 4 BGG, d. h. Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Anlagen soll für behinderte Menschen ohne fremde Hilfe gewährleistet sein. Auch ohne Rechtsverbindlichkeit stellt die DIN dabei ein Niveau dar, bei deren Einhaltung die Straßenbeleuchtung den jeweiligen Anforderungen an die Barrierefreiheit stets gerecht wird.

F. Haftungs- oder Schadensersatzansprüche bei Schadensfällen

Im Folgenden werden die Fragen 7.1 bis 7.3 gutachterlich beantwortet. Diese beziehen sich auf das Bestehen von Haftungs- und Schadensersatzansprüchen im Falle eines niedrigen Beleuchtungsniveaus bzw. eines Ausfalls der Beleuchtung. Zudem wird die Frage nach einer Haftung für Gefahren, die von Gasbeleuchtungsanlagen im Falle eines Defekts oder eines Unfalls ausgehen, beantwortet.

Die Haftung richtet sich nach den Grundsätzen der Amtshaftung gem. § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG, wenn die Verkehrssicherungspflicht als öffentlich-rechtliche Amtspflicht ausgestaltet ist. Bei einer rein privatrechtlichen Verkehrssicherungspflicht richten sich Schadensersatzansprüche nach dem allgemeinen Deliktsrecht nach § 823 ff. BGB.

I. Beleuchtung als öffentlich-rechtliche Amtspflicht

Zunächst ist zu klären, ob sich aus einer öffentlich-rechtlichen Amtspflicht eine Pflicht zur Beleuchtung ergeben kann.

Eine ausdrückliche öffentlich-rechtliche Pflicht zur Beleuchtung der öffentlichen Straßen gibt es in Nordrhein-Westfalen, anders als in einigen anderen Bundesländern, nicht. Eine öffentlich-rechtliche Beleuchtungspflicht besteht aber dennoch aufgrund der allgemeinen Straßenverkehrssicherungspflicht.⁷⁶

Als Verkehrssicherungspflicht wird die Pflicht desjenigen, der eine Gefahrenquelle schafft oder beherrscht, die notwendigen Vorkehrungen zum Schutz Dritter zu schaffen, bezeichnet.⁷⁷ Die Straße muss so hergerichtet und unterhalten werden, dass die Benutzung möglichst gefahrlos ist.⁷⁸

⁷⁶ Vgl. Ringwald/Engel, in: Ringwald/Rönitzsch/Riedel [Hrsg.], Praxishandbuch Öffentliche Beleuchtung, Kap. 7.2.2.

⁷⁷ Spindler, in: Beck'scher Online-Kommentar BGB, Hrsg: Bamberger/Roth, Stand: 01.11.2013, Edition: 34, § 823, Rn. 225.

⁷⁸ Spindler, BeckOK BGB, § 823, Rn. 314.

Die Straßenverkehrssicherungspflicht trifft denjenigen, der die Gefahrenlage durch die Zulassung des Verkehrs auf der Straße geschaffen hat und in der Lage ist, auf diese Gefahrenlage einzuwirken. Dies ist der Träger der Straßenbaulast, soweit er die Verfügungsgewalt über die Straße hat.⁷⁹ Dies ist die Landeshauptstadt Düsseldorf. Für Ortsdurchfahrten folgt dies aus § 44 Abs. 1 StrWG NRW bzw. § 5 Abs. 2 FStrG.

Diese Straßenverkehrssicherungspflicht ist in Nordrhein-Westfalen nach § 9a Abs. 1 StrWG NRW als öffentlich-rechtliche Amtspflicht ausgestaltet. Die Haftung für Schadensfälle aufgrund eines niedrigen Beleuchtungsniveaus richtet sich daher nach den Grundsätzen der Amtshaftung nach § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG.

II. Umfang der Beleuchtungspflicht

Hinsichtlich des Umfangs der Beleuchtungspflicht bestehen keine abstrakten, allgemeinverbindlichen Anforderungen. Insbesondere enthält das StrWG NRW keine genauen Vorgaben.

Eine völlige Gefahrlosigkeit der Straßenbenutzung ist jedenfalls nicht erforderlich.⁸⁰ Es sind allein diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die nach den Erwartungen des jeweiligen Verkehrs im Rahmen des wirtschaftlich Zumutbaren geeignet sind, eine Gefährdung bei bestimmungsgemäßen Gebrauch nach Möglichkeit abzuwenden.⁸¹ Daher sind nicht erkennbare Gefahren zu beseitigen, bzw. es ist vor diesen zu warnen.⁸² Es ist nämlich zu beachten, dass der Verkehrsteilnehmer sein Verhalten grundsätzlich den Straßenverhältnissen anpassen muss.⁸³

Der genaue Umfang der Verkehrssicherungspflicht ist anhand des Einzelfalls im Rahmen einer Abwägung zu ermitteln.⁸⁴ Es sind grundsätzlich diejenigen Maßnahmen umfasst, die ein umsichtiger und verständiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger Mensch für notwendig hält, um andere vor Schäden zu bewahren,⁸⁵ wobei dies im Einzelfall durch die Zumutbarkeit weiter begrenzt wird.⁸⁶

⁷⁹ Spindler, BeckOK BGB, § 823, Rn. 318; OLG Dresden, NVwZ-RR 2001, 354 mwN.

⁸⁰ BGH, Urteil vom 01.10.1959, Az. III ZR 96/58.

⁸¹ OLG Hamm, Urteil vom 22. März 2004, Az. 13 U 198/03.

⁸² Spindler, BeckOK BGB, § 823, Rn. 319.

⁸³ OLG Dresden NVwZ-RR 2001, 354

⁸⁴ Spindler, BeckOK BGB, § 823, Rn. 233.

⁸⁵ BGH, NJW 2007, 1683.

⁸⁶ Spindler, Beck OK BGB, § 823, Rn. 240, 326.

Zu berücksichtigen ist bei dieser Abwägung zunächst die potentielle Gefährlichkeit des Verkehrsbereichs⁸⁷, sowie die besondere Verkehrsbedeutung und die berechtigten Erwartungen der Verkehrsteilnehmer.⁸⁸ Der Beleuchtungspflicht kommt daher dann besondere Bedeutung zu, wenn anderenfalls besondere Gefahren ohne Beleuchtung für den Verkehrsteilnehmer nicht erkennbar wären.⁸⁹

Dies scheint insbesondere gegeben, wenn durch die Straßenverkehrsbehörde bereits entsprechende Gefahrenstellen z. B. durch Gefahrenzeichen nach § 40 StVO VZ 101 „Gefahrenstelle“ ggf. mit Zusatzzeichen (ZZ), VZ 133 „Fußgänger“, VZ 136 „Kinder“ oder VZ 138 „Radfahrer“ kenntlich gemacht wurden, bei den z.T. unter- oder schlecht beleuchtete Verkehrsteilnehmer regelmäßig auch bei Dunkelheit die Fahrbahn benutzen oder kreuzen. Gleiches gilt für durch die Unfallkommissionen erkannten Häufungsstellen/Unfallschwerpunkte, die ursächlich im Zusammenhang mit der Beleuchtung und der Erkennbarkeit von Verkehrsteilnehmern bei Dunkelheit stehen. Das Erfordernis ergibt sich auch bei Zebrastreifen gem. der Fußgänger-Überwegs-Richtlinie (FGÜ-R) und im Bereich von Haltestellen von Straßen- und Stadtbahnen gemäß der technischen Richtlinie zur Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BOStrab), in denen aufgrund der Gefährdungssituation bereits ein Mindestmaß der Beleuchtung vorgeschrieben ist.

Auf der anderen Seite ist die Leistungsfähigkeit des Trägers der Straßenbaulast zu berücksichtigen.⁹⁰ Die Anforderungen aus der Straßenverkehrssicherungspflicht können daher aufgrund knapper Mittel, bzw. aufgrund von technischen Begebenheiten erheblich eingeschränkt werden.

Die Rechtsprechung nimmt daher eine Beleuchtungspflicht allein für wichtige Verkehrswege innerhalb geschlossener Ortschaften an.⁹¹

Auch im Falle des Einsatzes schlechter geeigneter Produkte, wie z. B. thoriumfreier Glühkörper/Glühstrümpfe, dürfte nach diesen Grundsätzen im Normalfall keine Haftung des Straßenbaulastträgers bestehen, da es sich noch um zulässige Einschränkungen aufgrund der technischen Möglichkeiten, bzw. des im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit Möglichen handeln dürfte.

⁸⁷ OLG München, Urteil vom 29.07.2010, Az. 1 U 1878/10.

⁸⁸ OLG Hamm NZV 2005, 525; OLG München, Urteil vom 29.07.2010, Az. 1 U 1878/10.

⁸⁹ OLG Hamm NZV 2005, 525; OLG Hamm NZV 2007, 576.

⁹⁰ Schiebold, IR 2004, 268, 271.

⁹¹ Spindler, BeckOK BGB, § 823, Rn. 326 mwN.

Eine Haftung bei niedrigerer Beleuchtungsstärke oder im Falle eines Ausfalles käme nach diesen Grundsätzen nur in seltenen Ausnahmefällen und auch nur in Bereichen, die für den Verkehr besonders gefährlich oder bedeutsam sind, in Betracht. Insbesondere scheidet die Verletzung einer Verkehrspflicht nach den oben genannten Grundsätzen im Falle eines plötzlichen Ausfalls aus, wenn die zuständige Behörde die regelmäßige Kontrolle und Wartung ausreichend sicherstellt. Geht die Behörde planmäßig und entsprechend ihrer finanziellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit gegen erkannte unzureichende oder unzuverlässige Beleuchtungsanlagen vor, scheidet eine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht unter dem Gesichtspunkt der Zumutbarkeit aus.

III. Verpflichtung zur Einhaltung der DIN EN 13201

Die Einhaltung der einschlägigen DIN EN 13201 ist im Rahmen der Straßenverkehrssicherungspflicht hingegen nicht erforderlich. Sie stellt keine Rechtsnorm im juristischen Sinne dar und entfaltet daher keine unmittelbare Bindungswirkung. Der DIN kommt auch keine mittelbare Bindungswirkung durch eine Inbezugnahme zu. Dies kann z. B. durch einen Verweis auf „die allgemein anerkannten Regeln der Technik“ geschehen. § 9 Abs. 2 StrWG NRW, wonach „beim Bau und bei der Unterhaltung der Straßen die allgemein anerkannten Regeln der Technik (...) angemessen zu berücksichtigen“ sind, bezieht sich allein auf die Straßenbaulast. Die Straßenbeleuchtung zählt allerdings nicht dazu.⁹²

IV. Vermeidung von Gefahren

Nach den oben dargestellten Grundsätzen der Straßenverkehrssicherungspflicht ist der Träger der Straßenbaulast verpflichtet, dafür zu sorgen, dass von der Straßenbeleuchtung für Dritte keine – unvorhersehbaren – Gefahren ausgehen. Die Pflicht, die Straße so herzurichten und zu unterhalten, dass die Benutzung möglichst gefahrlos möglich ist, beinhaltet die Verpflichtung, die Straße frei von gefährlichen Objekten zu halten. Auch wenn die völlige Gefahrlosigkeit der Straßenbenutzung nicht erforderlich ist, sind jedenfalls nicht erkennbare Gefahren zu vermeiden.

Bezüglich der Straßenbeleuchtung bedeutet dies, dass die Straßenverkehrssicherungspflicht dann verletzt wird, wenn von den Gasbeleuchtungsanlagen – z. B. durch das Ausströmen von Gas ggf. mit der Folge einer Explosion des dabei entstehenden Gas-Luft-Gemisches, dem Herabstürzen von Glaswannen oder Beschädigungen des gasführenden Mastes bei Unfällen – Gefahren für Verkehrsteilneh-

⁹² Vgl. Ringwald/Engel, aaO., Kapitel 7.3.2.

mer oder Anlieger ausgehen und der Träger der Straßenbaulast die Sicherheit der Anlagen nicht ausreichend kontrolliert hat. Derartige Gefahren sind für Dritte nicht erkennbar. Bei ausreichender Kontrolle scheidet eine Haftung hingegen aus.

V. Verkehrssicherungspflicht des Betreibers der Straßenbeleuchtung

Neben dem Träger der Straßenbaulast besteht auch für den Betreiber der Straßenbeleuchtung eine Verkehrssicherungspflicht nach dem Grundsatz des Schaffens oder Beherrschens einer Gefahrenquelle. Wer eine Gefahrenquelle schafft oder beherrscht, muss die Maßnahmen treffen, die zum Schutz Dritter erforderlich sind.

Der Betreiber der Straßenbeleuchtung muss daher verhindern, dass von dieser vermeidbare Gefahren ausgehen. Daher darf er nur sichere Geräte und Bauteile verwenden.

Hinsichtlich der konstruktionsbedingten Sicherheit gleicht die Reichweite der Verkehrssicherungspflicht den Verpflichtungen des Herstellers. Hersteller und Verwender können bei Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik bzw. der Standards des öffentlichen Produktrechts grundsätzlich auf die Ungefährlichkeit vertrauen.

Ist für die Anlage oder für ein Bauteil eine CE-Kennzeichnung oder eine Konformitätsbescheinigung erforderlich, verletzt der Betreiber seine Verkehrssicherungspflicht grundsätzlich nicht, wenn er Anlagen und Bauteile verwendet, die eine CE-Kennzeichnung oder Konformitätsbescheinigung aufweisen. Weisen die Anlagen oder Bauteile entgegen der gesetzlichen Pflicht keine CE-Kennzeichnung oder Konformitätsbescheinigung auf, verletzt er seine Verkehrssicherungspflicht nicht, wenn er diese selbst auf ihre Sicherheit prüft.

Ist eine CE-Kennzeichnung oder Konformitätsbescheinigung nicht vorgeschrieben, verletzt der Betreiber seine Verkehrssicherungspflicht nicht, wenn die Anlagen oder Bauteile von dem Hersteller auf ihre Sicherheit geprüft sind oder wenn er selbst eine Sicherheitsprüfung vornimmt.

Der Betreiber der Straßenbeleuchtung verletzt aber seine Verkehrssicherungspflicht, wenn er Bauteile ohne CE-Kennzeichnung oder Konformitätsbescheinigung ungeprüft übernimmt und diese sich als gefährlich herausstellen. Kommt es aufgrund der Gefährlichkeit eines Bauteils zu einem Schadenseintritt, so haftet der Betreiber dafür nach § 823 BGB. Sind die Bauteile auf ihre Sicherheit geprüft, kommt eine Haftung nur in seltenen Ausnahmefällen in Betracht, z. B. wenn es in der Vergangenheit wiederholt zu Schadensfällen gekommen ist oder dem Betrei-

ber bekannt ist, dass der geprüfte Standard nicht dem Stand der Technik entspricht.⁹³ Ist der Stand der Technik durch eine Kennzeichnung, eine Bescheinigung oder eine geeignete Eigenprüfung nachgewiesen, ist eine Haftung in der Regel auszuschließen.

Kann eine hinnehmbare Restgefahr nicht mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden, kann der Verkehrssicherungspflicht insoweit auch durch Warnungen an die Verkehrsteilnehmer genügt werden. Dies kommt vorliegend insbesondere bei Gasbeleuchtungsanlagen in Betracht, die nur einen geringen Abstand zu Gebäuden haben oder an Außenwänden montiert sind. In diesem Falle müssen die Anlieger z. B. bei Baumaßnahmen die auch bei grundsätzlich sicheren Gasbeleuchtungsanlagen bestehenden Gefahren kennen und beachten. Die betroffenen Anlieger sollten daher auf ein bestehendes Gefährdungspotential und einzuhaltende Sicherheitsvorschriften hingewiesen werden.

VI. Verschulden

Ein Anspruch aus Amtshaftung gem. § 839 BGB i.V.m. Art 34 GG setzt Verschulden nach § 276 Abs. 1 BGB – also Fahrlässigkeit oder Vorsatz des jeweils zuständigen Beamten – hinsichtlich der begangenen Amtspflichtverletzung voraus. Wird die Verkehrssicherungspflicht durch eine nach den oben genannten Maßstäben im Einzelfall unzureichenden Beleuchtung verletzt, handelt der zuständige Beamte insoweit fahrlässig.⁹⁴

Ist über einen längeren Zeitraum bekannt, dass die Beleuchtungsanlage unzureichend oder unzuverlässig (häufig ausfallend) ist, so handelt der zuständige Beamte grob fahrlässig.⁹⁵ Gleiches gilt, wenn bekannt ist, dass aufgrund der Bauweise oder Verschleiß die Sicherheit bei dem Betrieb der Gasbeleuchtungsanlage nicht mehr gewährleistet ist.

Im Rahmen des Verschuldens muss aber auch das Mitverschulden der betroffenen Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden, § 254 Abs. 1 BGB. Der Anspruch des Verletzten ist dabei entsprechend seines Verschuldensanteils zu kürzen. Insbesondere eine Verletzung der oben genannten Verpflichtung des Verkehrsteilnehmers, sein Verhalten an die jeweiligen Umstände anzupassen, kann dabei zu erheblichen Kürzungen führen.⁹⁶

⁹³ Vgl. OLG Celle, Urteil vom 28.05.2003, Az. 9 U 7/03.

⁹⁴ Wagner, in: Münchener Kommentar zum BGB, 6. Auflage 2013, § 823, Rn. 48.

⁹⁵ Vgl. BGH, Urteil vom 5. Juli 2012, Az. III ZR 240/11.

⁹⁶ Vgl. OLG Hamm NZV 2005, 526; OLG Hamm NZV 2007, 576.

21.08.2015



BECKER BÜTTNER HELD

In den Fällen, in denen es z. B. wegen eines nicht hinreichenden Schutzes gegen mechanische Beschädigungen zu einer Leckage oder anderen Beschädigungen kommt und es wegen des austretenden Gases zu einer Entzündung oder Explosion kommt oder Bauteile abstürzen, scheidet ein Mitverschulden des Dritten an dem dadurch entstandenen Schaden aus. Eine solche Gefahr ist für diesen nicht vorhersehbar, so dass dieser sein Verhalten auf solche Gefahren nicht einstellen muss.

Berlin, den 21. August 2015

Dr. Roman Ringwald
Rechtsanwalt

Gregor Suchan
Rechtsanwalt

Berlin, Magazinstraße 15-16, D-10179 Berlin | Christian Held*, RA · Dr. Martin Riedel*, RA · Prof. Dr. Christian Theobald*, Mag. rer. publ., RA · Dr. Christian de Wyl*, RA · Dr. Ines Zenke*, RA, Fachanwältin für Verwaltungsrecht · Dr. Martin Altrock*, Mag. rer. publ., RA · Dr. Jost Eder*, RA · Dr. Olaf Däuper*, RA · Daniel Schiebold*, RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Stefan Missling*, RA · Dr. Thies Christian Hartmann*, RA · Jens Vollprecht*, RA, Dipl.-Forstw. (Univ.) · Dr. Miriam Vollmer*, RA, Fachanwältin für Verwaltungsrecht · Ulf Jacobshagen*, RA · Astrid Meyer-Hetling*, RA · Sebastian Blumenthal-Barby, LL.M., RA · Svenja Büttner, RA · Dr. Sascha Michaels, RA · Dr. Christian Dessau, RA · Dr. Erik Ahnis, RA, Bankfachwirt (BA) · Heiko Lange, RA · Andreas Große, RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Dr. Peter Gussone, RA · Christian Thole, RA · Niko Liebheit, RA · Dr. Wieland Lehnert, LL.M., RA · Dr. Roman Ringwald, RA · Dr. Holger Hoch, RA · Dr. Markus Kachel, LL.M., RA · Tigran Heymann, RA · Carsten Telschow, RA · Torsten Schröder, RA · Silvia Reichelt, RA · Anette Däuper, RA · Nora Dasch, RA · Dominique Couval, RA · Bernhard Groth, Dipl.-Kfm., StB · Simone Mühe, RA · Kristin Thole, RA · Sabine Guggel, LL.M., RA · Benedikt Doms, RA · Dennis Tischmacher, Mag. rer. publ., RA · Dr. Anna Sachse, RA · Dr. Cordula Blumenthal-Barby, RA · Florian Wagner, RA · Alexander Bartsch, RA · Dr. Claudia Fischer, RA · Beate Kramer, RA · Martin Brunz, RA · David Prang, RA · Dr. Jan Ole Voß, LL.M., RA · Johannes Nohl, RA · Jana Siebeck, RA · Juliane Kaspers, LL.M., Attorney at Law (New York), RA · Christoph Schray, RA · Björn Schürmann, RA · Sören Wolkenhauer, RA · Kristian Mau, RA, Dipl.-Soz. · Marcel Dalibor, RA · Nadine Voß, RA · Thomas Charles, LL.M., RA · Malte Grundmann, RA · Dr. Alexander Dietzel, RA · Lena Nonnen, RA · Julius Rumpf, RA · Dr. Stephan Kirschnick, RA · Enrico Cesar Raschetti, RA · Dr. Christian Rühr, RA · Anna-Lena Bösche, RA · Anna Lesinska, RA · Anja Riel, LL.M., RA · Dr. Clemens Helbach, RA · Dr. Malaika Ahlers, LL.M., RA · Yana Agnetha Mey, LL.M., RA · Julia Holdorf, RA · Karoline Bergmann, RA · Inga Rieke, RA · Richard Braun, RA · Sebastian Poppe, RA · Tim Grüter, RA · Tarek Abdelghany, RA · Dr. Mara Gerbig, RA · Christian Klatt, StB · Christoph Lamy, RA · Indra von Mirbach, RA

München, Pfeuferstraße 7, D-81373 München | Rudolf Böck*, Dipl.-Wirt.-Ing., WP, StB · Christoph Edler von Weidenbach*, RA · Manfred Ettinger*, vBP, StB · Sabine Böck*, StB · Matthias Albrecht*, RA · Wolfram von Blumenthal*, RA, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht · Thomas Straßer*, Dipl.-Bw. (FH), WP, StB · Florian Tietze, RA · Martin Hoffschmidt, RA, StB · Dr. Philipp Bacher, RA, Fachanwalt für Steuerrecht · Markus Ladenburger, RA · Meike Weichel, LL.M., RA, StB, Fachanwältin für Steuerrecht · Guido Morber, LL.M., RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Bernd Günter, RA, Fachanwalt für Arbeitsrecht · Dr. Max Reicherzer, RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Andreas Bremer, RA · Andreas Fimpel, Dipl.-Bw. (FH), StB · Carmen Freimüller-Engel, RA · Meike Lüninghöner-Glöckner, RA · Thomas Sarosy, RA · Katrin Hoffmann, RA, StB, Fachanwältin für Steuerrecht · Dr. Jens Thomas Füller, RA, Privatdozent · Nils Langeloh, LL.M., RA, Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht, Wirtschaftsjurist (Universität Bayreuth) · Steffen Lux, RA · Jochen Heise, RA · Niklas Richter, RA, StB · Anja Beschorner, LL.M., RA · Alexander Matzner, RA · Christian Penzel, StB · Claudius Franke, LL.M., RA · Matthias Pöhl, RA · Stephanie Julia Böswald, RA · Jörg Käßner, RA, StB · Matthias Brugger, RA · Hilda Faut, RA · Ina-Kristin Schneider, RA · Lars von Scheven, RA, Fachanwalt für Arbeitsrecht · Gregorio Calocero, RA · Roland Schmidt, RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Iris Meeßen, RA · Fabian Dietl, RA · Alexander Müller, RA · Peter Thalhauser, RA · Dr. Selma Konar, RA · Dr. Manuel Wiesermann-Melzer, RA · Sabine Klug, RA · Stilianos Koulaxidis, StB · Christian Fesl, StB · Alexander Ahlswe, StB

Köln, KAP am Südkai, Agrippinawerft 26-30, D-50678 Köln | Jürgen Gold*, Dipl.-Kfm., WP, StB · Dr. Christian Jung*, LL.M., Attorney at Law (New York), RA · Axel Kafka*, RA · Dr. Pascal Heßler*, RA · Folkert Kiepe, RA, Beigeordneter des DST a.D. · Klaus-Peter Schönrock, RA · Nicolaus Münch, RA · Dr. Ralf Schäfer, RA · Dr. Jan Deuster, RA · Silke Walzer, RA · Sandra Bußmann, RA · Tillmann Specht, RA · Jens Panknin, RA · Dr. Desiree Jung, RA · Julian Heß, LL.M., RA · Petra Große Böckmann, RA · Cyril Freitag, RA · Agnes Eva Palarczyk, RA

Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Straße 93, D-20355 Hamburg | Jörg Kuhbier, Senator a.D., RA · Stefan Wollschläger*, RA · Dr. Ursula Prall*, RA · Jan-Hendrik vom Wege*, MBA, RA · Janka Schwaibold, LL.M., RA · Regina Zorn, RA · Henning Thomas, LL.M., RA · Stefan Lepke, LL.M., RA · Pia-Maria Heigl, RA · Philipp Wirth, RA · Katrin Anna Gerber, RA

Stuttgart, Industriestraße 3, D-70565 Stuttgart | Oliver K. Eifertinger*, RA, StB · Jürgen Tschiesche*, Dipl.-Kfm., WP, StB · Dr. Michael Weise, RA · Dr. Marc Hörmann, RA, StB · Rainer Ederer, RA

Brüssel, Avenue Marnix 28, B-1000 Brüssel | Dr. Dörte Fouquet*, RA · Jana V. Nysten, LL.M., Attorney at Law (New York)

* haftende Partner